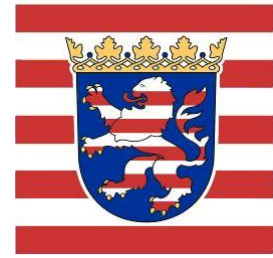




HESSEN



# Bericht aus Brüssel

19/2023 vom 13.10.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	13
Energie.....	14
Digital.....	15
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	18
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	22
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	29
Justiz.....	31
Inneres.....	31
Bildung und Kultur.....	35
Information, Kommunikation und Medien.....	36
EU-Förderprogramme.....	36
Veranstaltungen.....	37
Vorschau.....	39

### **Europäischer Rat; informeller Europäischer Rat in Granada**

Die Staats- und Regierungschefs kamen am 06.10.2023 zu einem informellen Europäischen Rat (ER) in Granada (ESP) zusammen. Ziel des informellen Gipfels war erstens, zurückzublicken und eine Bilanz zu ziehen, inwieweit die EU ihrem Ziel, die eigene Souveränität zu stärken, nähergekommen ist. Zweitens ging es um den Blick nach vorn und die Vorbereitung der strategischen Agenda 2024-2029. Im Vordergrund der Diskussionen standen hier die Erweiterungsfähigkeit der EU und die Migrationspolitik. Der ER hat die „Erklärung von Granada“ verabschiedet, die die künftigen strategischen Prioritäten skizziert und einen Zwischenschritt zur Verabschiedung der neuen strategischen Agenda im kommenden Jahr darstellt. Darin erklärt der ER, die Verteidigungsbereitschaft der EU müsse weiter gestärkt werden. Als Schwerpunkte nennt er militärische Mobilität, Resilienz im Weltraum und Abwehr von Cyberbedrohungen, hybriden Bedrohungen und ausländischer Informationsmanipulation. Auf die Stärke der transatlantischen Beziehungen wird hingewiesen. Außerdem erklärt der ER, man werde weiter an Resilienz und globaler Wettbewerbsfähigkeit arbeiten und die Krisenvorsorge stärken. Als Schwerpunkte nennt die Erklärung von Granada: Energie- und Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Dekarbonisierung, Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen und Anpassung an den Klimawandel. Der Binnenmarkt soll enger vernetzt, seine Integrität bewahrt und der Verwaltungsaufwand, insbesondere für KMU, verringert werden. Ziele der Energiepolitik sollen der Zugang zu erschwinglicher Energie und die Steigerung der Energiesouveränität sein. Der ER will auch externe Abhängigkeiten reduzieren und nennt hier digitale und Netto-Null-Technologien, kritische Arzneimittel, Rohstoffe und nachhaltige Landwirtschaft. Die Zusammenarbeit mit Partnern aus „allen Regionen der Welt“ soll intensiviert, die Instrumente des auswärtigen Handels weiterentwickelt werden. Der ER bekennt sich zu einer Neubelebung des Welthandels, wobei der WTO eine „entscheidende Rolle“ zukomme. Die EU-Erweiterung wird als „geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“ bezeichnet. Der ER betont, für eine erneute Erweiterung müssten „sowohl die EU als auch die künftigen Mitgliedstaaten bereit sein“. Die beitragswilligen Länder werden aufgefordert, ihre Reformanstrengungen, insbesondere bei der Rechtstaatlichkeit im Einklang mit dem „leistungsorientierten Charakter des Beitrittsprozesses“ zu verstärken. Die EU wiederum müsse, so mahnt der ER, für notwendige interne Reformen sorgen. HUN und POL haben dem geplanten Text der Erklärung von Granada zum Thema Migration nicht zugestimmt. Dieses Thema war deshalb Gegenstand einer separaten Erklärung des ER-Präsidenten. Sie bezeichnet die Migration als europäische Herausforderung, die eine europäische Antwort erfordere. Irreguläre Migration müsse „unverzüglich entschlossen angegangen werden“. Man werde ein „umfassendes Migrationskonzept“ verfolgen, das insbesondere die auswärtige Dimension der Migration in den Blick nimmt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2023/10/06/>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft**

An der dritten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Granada (ESP) am 05.10.2023 nahmen 44 Staats- und Regierungschefs aus Europa teil und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Präsidentin des Europäischen Parlaments,

Roberta Metsola und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell. Thematisch ging es vor allem um die Förderung der Widerstandsfähigkeit und des Wohlstands Europas sowie seiner geostrategischen Ziele. Ziel der Europäischen Politischen Gemeinschaft ist es, den politischen Dialog und die politische Zusammenarbeit zu fördern, um Fragen von gemeinsamen Interesse anzugehen, und die Sicherheit, die Stabilität und den Wohlstand auf dem europäischen Kontinent zu stärken. Diese Plattform für politische Koordinierung solle aber keine bestehenden Organisationen, Strukturen oder Prozesse ersetzen und ziele zu diesem Zeitpunkt nicht darauf ab, neue zu schaffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2023/10/05/>

### **Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan**

Am Rande der Tagung zur Europäischen Politischen Gemeinschaft gab es am 05.10.2023 ein Treffen des Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel, des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz und des Präsidenten der Französischen Republik Emmanuel Macron mit dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Pashinyan. Sie betonten dabei ihre unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Grenzen Armeniens. Sie brachten zudem ihre Unterstützung für die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Armenien zum Ausdruck und streben zusätzliche humanitäre Hilfe für Armenien an. Weiterhin hoben sie die Anstrengungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan hervor. Beide Länder wurden dazu aufgefordert, alle Gefangenen freizulassen und bei der Klärung des Schicksals vermisster Personen zusammenzuarbeiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/05/press-remarks-by-president-charles-michel-following-his-meeting-with-prime-minister-pashinyan-of-armenia-president-macron-of-france-and-chancellor-scholz-of-germany/>

### **Kommission; EU Verurteilt Angriffe der Hamas auf Israel**

Am 11.10.2023 verurteilte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen anlässlich der Schweigeminute des Kollegiums im Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in Israel in Anwesenheit des israelischen Botschafters bei der EU die Angriffe der Hamas auf Israel am 09.10.2023. In einer Erklärung im Namen der EU rief außerdem der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zu einer sofortigen Einstellung der Angriffe und Gewalt auf und bekräftigte die Solidarität der EU mit Israel. Die EU sprach Israel das Recht zu, sich im Einklang mit dem Völkerrecht gegen solche gewalttätigen und wahllosen Angriffe zu verteidigen. Die EU betonte auch die Wichtigkeit, durch verstärkte Bemühungen im Nahost-Friedensprozess auf einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden hinzuarbeiten. Angesichts der Ereignisse kündigt die Kommission außerdem an, dass sie umgehend eine Überprüfung der EU-Hilfe für Palästina einleitet. Zusätzlich zu den bestehenden Absicherungsmechanismen soll mit dieser Überprüfung sichergestellt werden, dass keinerlei EU-Finanzierung es einer terroristischen Organisation indirekt ermöglicht, Anschläge auf Israel zu verüben. Ebenso plant die Kommission zu prüfen, ob ihre Hilfsprogramme für die palästinensische Bevölkerung und die palästinensische Autonomie-Behörde angesichts der veränderten Lage vor Ort angepasst werden müssen. Die im Rahmen des Europäischen Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe (ECHO) geleistete Hilfsgelder seien von dieser Überprüfung nicht betroffen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_23\\_4901](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_4901)

## **Rat; Informelle Videokonferenz Rat „Auswärtige Angelegenheiten“**

Die EU-Außenministerinnen und -minister hielten am 10.10.2023 eine informelle Videokonferenz ab, um die Lage in Israel und in der Region nach den jüngsten Angriffen der Hamas zu erörtern. Sie verurteilten die jüngsten Angriffe auf Israel und forderten den Schutz der Zivilbevölkerung, die Freilassung von Geiseln, die Ermöglichung des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten in Gaza im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und die Einrichtung humanitärer Korridore. Die Ministerinnen und Minister betonten auch das Recht Israels auf Selbstverteidigung unter uneingeschränkter Achtung des humanitären Völkerrechts. Weiterhin betonten die Ministerinnen und Minister die Bedeutung der Stärkung der Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Akteuren im Hinblick auf die Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses. Anschließend erörterten sie, wie die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Autonomie-Behörde fortgesetzt und das palästinensische Volk unterstützt werden kann. Eine Mehrheit der Ministerinnen und Minister erklärte, dass die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Autonomie-Behörde fortgesetzt und die EU-Hilfe nicht eingestellt werden sollten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/10/10/>

## **E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t**

### Europäisches Medienfreiheitsgesetz: Verhandlungsmandat des EP

Das EP hat am 03.10.2023 mit einer breiter Mehrheit von 448 – 102 – 75 seinen Standpunkt zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz im Rahmen des Berichts von MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) angenommen (siehe Beitrag unter Information, Kommunikation und Medien“).

### Neues Handelsinstrument zum Schutz vor wirtschaftlicher Erpressung

Mit einer Mehrheit von 578 - 24 - 19 nahm das EP am 03.10.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Bernd Lange (S&D/DEU) in erster Lesung ein neues Handelsinstrument („Anti-Coercion Instrument“) an. Es ermöglicht der EU – im Einklang mit dem Völkerrecht und als letztes Mittel – zu reagieren, wenn Drittstaaten eine bestimmte Strategie oder einen bestimmten Standpunkt der EU oder ihrer Mitgliedstaaten durch wirtschaftliche Erpressung beeinflussen wollen (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

### Neuer EU-Standard zur Bekämpfung von Grünfärberei an den Anleihemärkten

Die MdEP haben am 05.10.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Paul Tang (S&D/NDL) in erster Lesung mit einer Mehrheit von 418 - 79 - 72 einen neuen freiwilligen Standard für die Verwendung eines EU-Gütezeichens für grüne Anleihen angenommen, das weltweit erste seiner Art. (siehe Beitrag unter Finanzdienstleistungen)

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0352\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0352_DE.html)

### Aufstockung des Mehrjahresbudgets für bessere Krisenreaktion

Am 03.10.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Jan Olbrycht (EVP/POL) und MdEP Margarida Marques (S&D/PTL) seine Haltung zur Reform des langfristigen EU-Haushalts dargelegt und die Dringlichkeit einer zukunftssicheren Gestaltung des EU-Haushalts betont. Das EP fordert, zusätzlich zu den von der Kommission vorgeschlagenen 65,8 Milliarden Euro weitere 10 Milliarden Euro für die Jahre 2024 bis 2027 bereitzustellen. Angesichts der jüngsten externen Herausforderungen, insbesondere des russischen Krieges gegen die Ukraine und der

zunehmenden Migrationsproblematik, haben die MdEP die entsprechenden Haushaltsbereiche um 2 Milliarden Euro aufgestockt. Sie haben weitere 3 Milliarden Euro für die neue Plattform "Strategische Technologien für Europa" (STEP) bereitgestellt und 5 Milliarden Euro vorgesehen, um die Fähigkeit der EU zu verbessern, auf unvorhergesehene Krisen zu reagieren. Die MdEP fordern, dass die Schuldentilgungen, die sich aus dem Konjunkturprogramm ergeben, oberhalb der Haushaltsobergrenzen der EU angesetzt werden. Dies soll sicherstellen, dass EU-Programme, die den Bürgern direkt zugute kommen, nicht gefährdet werden, insbesondere angesichts der potenziellen Volatilität dieser Kosten bei steigenden Zinssätzen. Die MdEP betonen, dass eine rasche Verabschiedung der geänderten Verordnung von entscheidender Bedeutung ist, da der überarbeitete Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) bis zum 01.01.2024 in Kraft treten sollte, um einen Rahmen für den Jahreshaushalt des betreffenden Jahres zu bieten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0335\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0335_DE.html)

#### Ansprache des CZR Präsidenten Petr Pavel

Am 04.10.2023 hielt der Präsident der CZR Republik Petr Pavel in einer feierlichen Sitzung eine Ansprache. Die im nächsten Jahr stattfindenden Europawahlen seien sowohl eine Chance, als auch ein Test für die Demokratie, erklärte Präsident Petr Pavel in seiner Rede. Populismus sei nicht der einzige Weg zum Wahlerfolg, wie er selbst gezeigt habe. Er betonte, dass der Schlüssel zu Frieden und Wohlstand in Europa in seiner Einheit und Vielfalt liege. Er verurteilte den Krieg Russlands in der Ukraine scharf und appellierte an die Politiker, mit ihren Bürgern zu kommunizieren und Fehlinformationen keinen Raum zu geben. Der ungerechtfertigte Aggressionskrieg müsse bestraft werden. Putin setze strategisch auf Müdigkeit und Uneinigkeit des Westens, um seine militärische Aggression in der Ukraine voranzutreiben, meinte Pavel. Putin rechne damit, dass die Konflikte mit der Zeit an Dringlichkeit verlieren und die westlichen Politiker und Bürger mit ihren alltäglichen Sorgen beschäftigt sein werden, wodurch sie ihre Entschlossenheit verlieren. In diesem Zusammenhang zeigte sich Pavel besorgt über die mögliche Ermüdung der westlichen Länder als Reaktion auf einen möglicherweise länger andauernden Konflikt. "Wenn die Ukraine scheitert, dann werden auch wir scheitern," warnte Pavel. "Wir werden den Frieden nicht durch Zugeständnisse an den Aggressor erreichen!" Die EU werde oftmals als zu langsam und ineffizient abgetan. Diesem Eindruck gelte es entgegenzutreten. Es sei der EU gelungen, sehr viel gute Kompromisse herbeizuführen. Die EU habe die Fähigkeit, unter Druck sehr effizient zu sein. Die EU sei "tatsächlich das erfolgreichste Friedensprojekt, das dieser Kontinent je erlebt habe. Leider habe die EU in Bezug auf Russland insofern versagt, als sie das Böse nicht rechtzeitig erkannt habe. Darüber hinaus sprach sich Pavel für institutionelle Reformen in der EU aus - Erweiterung und institutionelle Reformen gehörten zusammen, denn die EU müsse handlungsfähig sein: "Wir brauchen ein funktionierendes EU-Regierungssystem" und "wir dürfen nicht zulassen, dass das Rechtsstaatsprinzip in der EU geschwächt wird", erklärte Pavel.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-10-04-ITM-005\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-10-04-ITM-005_DE.html)

#### Richtlinie über besseren Asbestschutz für Arbeitnehmer

Das EP hat am 03.10.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Veronique Trillet-Lenoir (RN/FRA) in erster Lesung mit einer Mehrheit von 614 - 2 - 4 eine Richtlinie angenommen, die bereits mit den Mitgliedstaaten vereinbart wurde, und die den Grenzwert für die Asbestexposition am Arbeitsplatz senken und den Einsatz einer moderneren und genaueren Technologie zur Erkennung dünner Asbestfasern vorsehen wird. Das Gesetz zielt darauf ab, die Exposition gegenüber Asbestfasern auf

ein möglichst niedriges Niveau abzusenken. Der Grenzwert für die Exposition am Arbeitsplatz wird zehnmal niedriger sein, da der Grenzwert von 0,1 auf 0,01 Fasern Asbest pro Kubikzentimeter (cm<sup>3</sup>) ohne Übergangsfrist gesenkt wird.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0332\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0332_DE.html)

#### Bergkarabach: MdEP verurteilen Aserbaidschans ungerechtfertigten Angriff

In einer am 05.10.2023 angenommenen Entschließung verurteilt das EP den geplanten und ungerechtfertigten militärischen Angriff Aserbaidschans auf Berg-Karabach am 19.09.2023, der eine grobe Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte darstellt und einen klaren Verstoß gegen frühere Versuche, einen Waffenstillstand zu erreichen. Mehr als 100.000 ethnische Armenier sind seit der jüngsten Offensive gezwungen, aus der Enklave zu fliehen. Die MdEP verurteilen die Drohungen und die Gewalt der aserbaidschanischen Truppen gegen die armenischen Einwohner von Berg-Karabach aufs Schärfste. Die MdEP fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, Armenien unverzüglich alle notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, um den Zustrom von Flüchtlingen aus Berg-Karabach und die daraus resultierende humanitäre Krise zu bewältigen. Die MdEP fordern die EU auf, gezielte Sanktionen gegen die Regierungsvertreter in Baku zu verhängen, die für die zahlreichen Verletzungen des Waffenstillstands und die Menschenrechtsverletzungen in Berg-Karabach verantwortlich sind. Die MdEP erinnern die aserbaidschanische Seite daran, dass sie die volle Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens aller Menschen in der Enklave trägt, und fordern eine Untersuchung der von den aserbaidschanischen Truppen begangenen Übergriffe, die als Kriegsverbrechen gelten könnten. Die MdEP fordern die EU auf, ihre Abhängigkeit von aserbaidschanischen Gasimporten zu verringern und im Falle einer militärischen Aggression oder erheblicher hybrider Angriffe gegen Armenien die Einfuhr von aserbaidschanischem Öl und Gas in die EU vollständig zu stoppen. Die Resolution wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 491 - 9 - 36 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0356\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0356_DE.html)

#### Einheitsmaße für Handgepäck als Teil der EU-Fluggastrechte

In einer Entschließung zu einheitlichen Standards für Handgepäck im Flugverkehr fordern die MdEP einheitliche EU-Vorschriften zu Größe und Preisen. Der Text, der am 04.10.2023 mehrheitlich angenommen wurde, unterstreicht die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger über die Unannehmlichkeiten, die durch uneinheitliche Vorschriften für Handgepäck im Flugverkehr entstehen. Die EU-Rechtsvorschriften über Fluggastrechte sollten überarbeitet werden, um eine Lösung zu finden, heißt es in der Entschließung. Unterschiedliche Regelungen für Handgepäck bei den Fluggesellschaften führen zu versteckten Gebühren und erschweren den Preisvergleich, so die Abgeordneten. Wenn Passagiere verschiedene Fluggesellschaften nutzen oder ihre Pläne ändern müssen, sorgen uneinheitliche Regeln für Verwirrung. Die MdEP betonen, dass die Kommission bei der Überarbeitung der geltenden EU-Luftverkehrsvorschriften das entsprechende Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vollständig umsetzen sollte. Der Gerichtshof entschied, dass Fluggesellschaften keinen Aufpreis für Handgepäck verlangen dürfen, "sofern dieses Handgepäck hinsichtlich Gewicht und Abmessungen angemessenen Anforderungen entspricht und die geltenden Sicherheitsvorschriften erfüllt". Eine neue Gesetzgebung sollte auch andere versteckte Kosten, wie z.B. Gebühren im Zusammenhang mit der Sitzplatzzuweisung, berücksichtigen, argumentieren die MdEP.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0344\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0344_DE.html)

## Ernennung von Claudia Buch zur Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Europäischen Zentralbank

Am 03.10.2023 gab das EP mit einer Mehrheit von 357 – 195 - 42 in geheimer Abstimmung seine Zustimmung zur Ernennung von Claudia Buch als Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank für eine Dauer von fünf Jahren.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0331\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0331_DE.html)

## Arzneimittelknappheit und strategische Gesundheitsautonomie in der EU - Erklärung der Kommission

Am 03.10.2023 gab Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides eine Erklärung zum Thema Arzneimittelknappheit und strategische Gesundheitsautonomie in der EU ab. Sie sagte darin u.a.: „Unsere Arzneimittelreform soll die Versorgungssicherheit verbessern und Arzneimittelknappheit über Krisensituationen hinaus bekämpfen. Zu den Schlüsselementen gehören ein neues europäisches Warnsystem, das eine frühere Meldung von Engpässen und Rücknahmen durch Unternehmen ermöglicht, harmonisierte Meldekriterien, Pläne zur Verhinderung von Engpässen und ein koordiniertes Management von Engpässen durch die EMA. Diese Maßnahmen werden uns besser in die Lage versetzen, Engpässe vorherzusehen und abzumildern, nationale Ausfuhrbeschränkungen zu vermeiden und letztlich das zu erreichen, was wir alle anstreben, nämlich sicherzustellen, dass Arzneimittel für alle Patienten verfügbar sind. Sie sind jedoch eher struktureller Natur und eher langfristig angelegt“. Kyriakides kündigte darüber hinaus für die kommenden Wochen eine Kommissionsmitteilung mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen an mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit zu verbessern und die Lieferketten für Arzneimittel widerstandsfähiger zu machen. „Damit reagieren wir auf die Forderungen der Öffentlichkeit, dieses Hauses und der Mitgliedstaaten nach sofortigen Maßnahmen zur Verfügbarkeit von Arzneimitteln vor der Wintersaison, denn wir haben gesehen, was wir im letzten Jahr erleben mussten“.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-10-03-ITM-012\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-10-03-ITM-012_DE.html)

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung**

Am 02.10.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Kulturförderung im ländlichen Raum im Rahmen der Strategien für Entwicklung und territorialen Zusammenhalt und der Agenda 2030“, „Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt: Städte und Regionen als Vorreiter“ sowie „Entwicklung eines europäischen wertebasierten Sportmodells von unten nach oben: ein Mittel zur Förderung der Inklusion und des sozialen Wohlergehens junger Menschen in Europa“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „eine integrierte EU-Strategie zur Unterstützung ortsbezogener Innovationen für den grünen und den digitalen Wandel“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192444&meetingSessionId=2241600>

### **AdR; NAT-Fachkommissionssitzung**

Am 05.10.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe



statt: „Risikomanagement und Marktregulierung: Instrumente zur Stärkung der Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft“, „die gemeinsame Fischereipolitik in den Regionen: Für eine bessere Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit von Küstengebieten in der EU“ sowie „die Bedeutung der Städte für die Gesundheitsförderung“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192337&meetingSessionId=2241384>

### **AdR; 157. AdR-Plenarsitzung**

Am 10./11.10.2023 fand das 157. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung“, „Überprüfung und Vorschlag für die Überarbeitung des MFR 2021–2027“, „die Nachhaltigkeitsziele in den Regionen und Städten der EU im Anschluss an den freiwilligen Bericht der EU und die Diskussionen der Vereinten Nationen 2023“, „Verbraucherschutzpaket“, „Drohnenstrategie 2.0“, „COP 28 der UN-Klimarahmenkonvention: Beitrag der subnationalen Ebene zur Aufrechterhaltung der Klimaschutzdynamik“, „Mentoring als wirksames und konkretes Instrument für das Europa von morgen“, „Europäischer grenzübergreifender Mechanismus 2.0“, „Entschlüsse zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union“, „Strategische Vorausschau als Instrument für die EU-Governance und eine bessere Rechtsetzung“, „Fazilität für die Ukraine“, „ein gerechter und nachhaltiger Wandel in den Automobilregionen“ sowie „Dringlichkeitsentschlüsse zur Lage in Bergkarabach nach dem Angriff Aserbaidschans“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: mit Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; Pierre-Yves Dermagne, belgischer Vizepremierminister und Minister für Wirtschaft und Arbeit sowie mit Pascual Navarro Ríos, spanischer Staatssekretär für die Europäische Union.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191179&meetingSessionId=2239735>

## W i r t s c h a f t

### **Rat; Rat für allgemeine Angelegenheiten „Auf dem Weg zu einer Kohäsionspolitik 2.0“**

Am 29.09.2023 hielten die Europaministerinnen und –minister der Mitgliedstaaten der EU auf ihrem informellen Rat für allgemeine Angelegenheiten zum Thema Kohäsion in Murcia (ESP), eine Aussprache über die Zukunft der Kohäsionspolitik der EU ab 2028. Unter der Überschrift „Auf dem Weg zu einer Kohäsionspolitik 2.0“ wurde die Gestaltung einer flexiblen Kohäsionspolitik ab 2028 diskutiert. Es ging unter anderem um bessere Programmplanung und Anpassung von Maßnahmen an die Besonderheiten jeder Region. Sie tauschten sich über die Entbürokratisierung von Verfahren und Systemen zur Bewertung der Ergebnisse aus. Außerdem erörterten sie, wie die Regierungsebenen in den Mitgliedstaaten besser mit der Kommission zusammenarbeiten können.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-ministerial-meeting-general-affairs-cohesion-september-29-murcia/>

### **EP; Annahme der Verordnung über Schutz vor wirtschaftlichem Zwang**

Am 03.10.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Bernd Lange (S&D/DEU) die Verordnung über den Schutz vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer mit 578 zu 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Sie beinhaltet Maßnahmen und Zeitpläne, um auf wirtschaftlichen Zwang durch Drittländer zu reagieren. Wirtschaftlicher Zwang besteht laut Verordnung, wenn ein Drittland Druck auf die EU oder einen Mitgliedstaat ausübt, um eine bestimmte Entscheidung herbeizuführen, z. B. durch Handels- oder Investitionsmaßnahmen oder deren Androhung. Mögliche Fälle von wirtschaftlichem Zwang kann die Kommission in einem Zeitraum von vier Monaten prüfen. Danach entscheidet der Rat (mit qualifizierter Mehrheit) innerhalb von zehn Wochen, ob es sich tatsächlich um Zwangsmaßnahmen handelt. Ziel ist in erster Linie, den Konflikt durch Dialog mit dem Drittstaat zu beenden. Falls das nicht gelingt, kann die EU auf verschiedene Gegenmaßnahmen zurückgreifen, z. B. Handelsbeschränkungen für Waren und Dienstleistungen sowie Beschränkungen für die Rechte des geistigen Eigentums und für ausländische Direktinvestitionen. Eingeschränkt werden kann auch der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und dem Kapitalmarkt sowie die Zulassung von Produkten. Stellen Kommission und Rat Zwangsmaßnahmen fest, arbeitet die Kommission innerhalb von sechs Monaten eine angemessene Reaktion aus. Außerdem kann die EU von den Drittländern eine „Entschädigung“ verlangen. Hintergrund der Verordnung ist, dass das Übereinkommen der Welthandelsorganisation den o. a. Zwang weitgehend nicht abgedeckt.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0246\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0246_DE.html)

### **Kommission; Hauspreise von Wohnimmobilien in der EU um 1,1% und im Euroraum um 1,7% gesunken**

Aus der vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) am 03.10.2023 veröffentlichten Statistik geht hervor, dass die Hauspreise im zweiten Quartal 2023 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in der EU um 1,1% und im Euroraum um 1,7% gesunken sind. Im ersten Quartal 2023 gegenüber dem entsprechenden Quartal 2022 waren die Hauspreise im Euroraum und in der EU noch um 0,4% bzw. 0,8% gestiegen. Laut Eurostat ist das der erste jährliche Rückgang seit neun Jahren. Mit einem jährlichen Rückgang der Hauspreise von 9,9% im zweiten Quartal 2023 ist DEU der Mitgliedstaat mit dem stärksten Rückgang. Gegenüber dem Vorquartal sanken die Hauspreise im zweiten Quartal 2023 in DEU um 1,5%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17603068/2-03102023-AP-DE.pdf/82ec32b5-b82d-3dc0-d277-aae192931aaa>

### **Kommission; Untersuchung zu subventionierten Elektrofahrzeugen aus China**

Am 04.10.2023 hat die Kommission offiziell eine Antisubventionsuntersuchung in Bezug auf die Einfuhren von batteriebetriebenen Elektrofahrzeuge (BEV) aus China eingeleitet. Die Untersuchung ermittelt, ob BEV-Wertschöpfungsketten in China von rechtswidriger Subventionierung profitieren und ob die Subventionierung eine Bedrohung für den Wirtschaftszweig der EU darstellt. Wenn beides zutrifft, werden mögliche Folgen und Auswirkungen der Maßnahmen auf Einführer, Nutzer und Verbraucher von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen in der EU untersucht. Basierend auf diesen Ergebnissen wird die Kommission entscheiden, ob die Einführung von Antisubventionszöllen, um die Auswirkungen der unlauteren Handelspraktiken zu beheben, im Interesse der EU liegt.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ%3AC\\_202300160](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ%3AC_202300160)

### **EP; Verlängerung der Verordnung über Schema allgemeiner Zollpräferenzen**

Am 05.10.2023 hat das EP für die Verlängerung der bestehenden Regeln zum Schema allgemeiner Zollpräferenzen (APS) gestimmt. Der Bericht wurde von MdEP Heidi Hautala (GRÜNE/FIN) vorgelegt und mit 561 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dadurch wird die Geltungsdauer der derzeit geltenden Verordnung bis Ende 2027 verlängert. Seit Beginn des Jahres liefen Verhandlungen zwischen EP und Rat über die Änderung der APS-Verordnung, die ursprünglich in diesem Jahr auslaufen sollte, allerdings wurden die Gespräche im Juni unterbrochen. Um eine Einigung über die Änderung im Trilog zu erzielen, wurden die derzeitigen Regelungen verlängert. Im Rahmen des APS gelten für bestimmte Entwicklungsländer ermäßigte Einfuhrzölle bei der Ausfuhr in die EU. Für Länder, die bestimmte Kriterien der wirtschaftlichen Anfälligkeit erfüllen und die 27 internationale Übereinkommen über Menschen- und Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und verantwortungsvolle Staatsführung ratifiziert und umgesetzt haben, verzichtet die EU vollständig auf Zölle für ausgewählte Produkte.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0353\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0353_DE.pdf)

### **Kommission; Sparquote der privaten Haushalte steigt im Euroraum auf 14,8%**

Eine vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) am 05.10.2023 veröffentlichte Statistik zeigt, dass die Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum im zweiten Quartal 2023 bei 14,8% lag. Im ersten Quartal betrug die Quote 14,5%. Die Investitionsquote der privaten Haushalte im Euroraum sank im zweiten Quartal 2023 auf 9,8%. Auch die Unternehmensgewinnbeteiligung und die Unternehmensinvestitionsquote sanken im zweiten Quartal 2023 im Euroraum um 40,8% bzw. um 23,4%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17622155/2-05102023-AP-DE.pdf/ef925591-c106-a8cb-3d21-b559b0bd6b12>

### **Kommission; Kohäsionspolitik zur Bewältigung aktueller Krisen**

Am 09.10.2023 starteten die 21. Europäischen Wochen der Regionen und Städte. Aus diesem Anlass erinnerten Kohäsionskommissarin Elisa Ferreira und der Präsident des Ausschusses der Regionen Vasco Alves Cordeiro an die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Bewältigung der Energiekrise und der Unterstützung sowie Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Durch die „Supporting Affordable Energy“-Initiative können Mitgliedstaaten (MS) Kohäsionsmittel verwenden, um kleine und mittelständische Unternehmen, sowie einkommensschwache Haushalte angesichts der Energiekrise unterstützen. Bereits mehr als 725 Mio. EUR wurden aus dem Kohäsionstopf umgeschichtet. Über die mit etwa 17 Mrd. EUR ausgestatteten Kohäsionspakete für Flüchtlinge in Europa haben die MS rund 1,3 Mrd. EUR für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Bildung sowie medizinische, soziale und psychologische Betreuung von geflüchteten Menschen umgeschichtet.

<https://regions-and-cities.europa.eu/>

### **Rat; Annahme der Verordnung zum Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse**

Der Rat hat am 09.10.2023 die Verordnung zum Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse verabschiedet. Mit der Verordnung wird ein direkt anwendbarer Schutz von geografischen Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse wie Schmuck, Textilien, Glas und Porzellan auf EU-Ebene eingeführt, der den bestehenden EU-Schutz für geografische Angaben im Bereich der Landwirtschaft ergänzt. So können nun z.B. Besteck aus Albacete, böhmisches Glas, Porzellan aus Limoges geschützt werden. Um den internationalen Verpflichtungen aus dem Lissabonner Abkommen über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben nachzukommen, hat der Rat außerdem eine Änderung seines Beschlusses

über den Beitritt der EU zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens von 2015 angenommen. Das Europäische Amt für geistiges Eigentum (EUIPO) ist nun als zuständige Behörde für die Verwaltung der Genfer Akte im Gebiet der Union in Bezug auf geografische Bezeichnungen für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse benannt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/geographical-indications-for-craft-and-industrial-products-council-gives-its-final-approval/>

### **Kommission; Neues Europäisches Bauhaus: Bewerbungsbeginn für die Verleihung der NEB-Preise 2024**

Die Kommission ruft zur Teilnahme am "Neuen Europäischen Bauhaus 2024" auf. Der Wettbewerb würdigt innovative Projekte und Konzepte, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion verkörpern. Die Bewerbungsfrist endet am 10.11.2023. Erstmals sind auch Bewerbungen aus der Ukraine zugelassen mit einem besonderen Fokus auf den Wiederaufbau des Landes. Die Hauptkategorien decken eine breite Palette ab, von Naturverbundenheit bis zur Förderung sozial benachteiligter Gemeinschaften. Es gibt zwei Wettbewerbsbereiche: für etablierte Projekte ("Champions") und aufstrebende Talente unter 30 Jahren ("Rising Stars"). Die Gewinner erhalten nicht nur Anerkennung, sondern auch Preisgelder von bis zu 30.000 EUR sowie Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Ideen. Das NEB, das auf die Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zurückgeht, ist mittlerweile eine Bewegung, die Europa und die Welt zu einer nachhaltigeren, ästhetischeren und inklusiveren Zukunft inspiriert. Die Preise werden im Rahmen des NEB-Festival verliehen, auch daran in eine Teilnahme möglich.

<https://prizes.new-european-bauhaus.europa.eu/>

[https://new-european-bauhaus.europa.eu/get-involved/festival\\_en](https://new-european-bauhaus.europa.eu/get-involved/festival_en)

### **Kommission; Empfehlung zu Technologiebereichen, die für die wirtschaftliche Sicherheit der EU von entscheidender Bedeutung sind**

Die Kommission hat am 03.10.2023 eine Empfehlung zu Technologiebereichen, die für die wirtschaftliche Sicherheit von entscheidender Bedeutung sind, angenommen. Diese Bereiche sollen zusammen mit den Mitgliedstaaten einer weiteren Risikobewertung unterzogen werden. Die Empfehlung beruht auf der Mitteilung über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vom 20.06.2023. In der Empfehlung werden von zehn kritischen Technologiebereichen folgende Technologiebereiche aufgeführt, die laut Kommission höchstwahrscheinlich die sensibelsten und unmittelbarsten Risiken im Zusammenhang mit Technologiesicherheit und Technologieabfluss aufweisen. Diese wären: fortschrittliche Halbleitertechnologien (Mikroelektronik, Photonik, Hochfrequenzchips, Ausrüstung zur Herstellung von Halbleitern); Technologien der künstlichen Intelligenz (Hochleistungsrechnern, Cloud- und Edge-Computing, Datenanalyse, maschinelles Sehen, Sprachverarbeitung, Objekterkennung); Quantentechnologien (Quanteninformatik, Quantenkryptografie, Quantenkommunikation, Quantenerfassung und -radar); Biotechnologien (Verfahren der genetischen Veränderung, neue genomische Verfahren, Drive (Genantrieb), synthetische Biologie).

[https://defence-industry-space.ec.europa.eu/system/files/2023-10/C\\_2023\\_6689\\_1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2\\_0.pdf](https://defence-industry-space.ec.europa.eu/system/files/2023-10/C_2023_6689_1_DE_ACT_part1_v2_0.pdf)

### **EP; Annahme der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme**

Das EP hat am 03.10.2023 den von Berichterstatterin war MdEP Rovana Plumb (S&D/ROM) vorgelegten Bericht zur Richtlinie für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern mit einer Mehrheit von 585 zu 6 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Die Richtlinie soll die Digitalisierung im Verkehrssektor sowie einen umfassenderen Datenaustausch zwischen Mobilitätsanwendungen fördern. Mobilität soll so sicherer, effizienter und nachhaltiger werden. Eine größere Zahl von Straßen- und Verkehrsdaten soll online zur Verfügung gestellt werden, z. B. Daten über Straßennutzung oder Beschränkungen für den Verkehr. Des Weiteren sollen die Mitgliedstaaten (MS) Daten zu Geschwindigkeitsbegrenzungen und sicheren Parkplätzen für Lkw so schnell wie möglich online zur Verfügung zu stellen. Um einen reibungslosen grenzüberschreitenden Verkehr sicherzustellen, sollen die MS bei der Einführung intelligenter Verkehrssysteme, insbesondere bei grenzüberschreitenden Projekten, besser zusammenarbeiten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0334\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0334_EN.html)

### **Kommission; Vorschläge zur Förderung des Radverkehrs**

Die Kommission legte am 04.10.2023 einen Vorschlag für eine „Erklärung zum Radfahren“ vor. Damit soll die Entwicklung des Radverkehrs in der gesamten EU unterstützt werden. Der Vorschlag enthält Grundsätze zur Förderung des Radverkehrs, die als Leitlinie für künftige Maßnahmen in der EU dienen sollen. Klare Verpflichtungen seien notwendig, um Qualität und Attraktivität der Fahrradinfrastruktur in allen Mitgliedstaaten zu verbessern. Dazu gehörten sichere und kohärente Fahrradnetze in Städten, eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, sichere Abstellmöglichkeiten, die Einrichtung von Ladestationen für E-Bikes sowie Fahrradautobahnen, die Städte mit ländlichen Gebieten verbinden.

[https://transport.ec.europa.eu/system/files/2023-10/European\\_Declaration\\_on\\_Cycling.pdf](https://transport.ec.europa.eu/system/files/2023-10/European_Declaration_on_Cycling.pdf)

### **Rat; Annahme der Verordnung „ReFuelEU-Aviation“**

Der Rat hat am 09.10.2023 die Verordnung für umweltfreundliche Flugkraftstoffe (ReFuelEU-Aviation) angenommen. Ab 2025 sollen mindestens 2% der Flugkraftstoffe für Flugzeuge in den Mitgliedstaaten nachhaltig sein. Dieser Mindestanteil wird sich bis 2050 schrittweise auf 70% erhöhen. Außerdem soll das Kraftstoffgemisch ab 2030 einen Mindestanteil umweltfreundlicher synthetischer Kraftstoffe enthalten. Nachhaltige und synthetische Flugkraftstoffe sind laut Verordnung zertifizierte Biokraftstoffe, erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Flugkraftstoffe, die den Vorgaben der Erneuerbare-Energie-Richtlinie entsprechen. Außerdem muss die jährliche Menge an Flugkraftstoff, die eine Airline in der EU tankt, mindestens 90% des Jahresbedarfs an Flugkraftstoff ausmachen. Um die Umwelleistung verschiedener Flüge abzubilden und zu vergleichen, sieht die Verordnung die Einführung eines neuen Kennzeichnungssystems vor.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-29-2023-INIT/en/pdf>

### **Kommission; Konsultation über ein Akkreditierungssystem im Bereich Flugsicherheit**

Am 09.10.2023 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation über Vorschriften und Verfahren für die Einrichtung eines Akkreditierungssystems. Das System soll sicherstellen, dass nur Stellen, die über eine entsprechende Qualifikation verfügen, die

Aufgaben der EU-Agentur für Flugsicherheit im Zusammenhang mit Zertifizierungs- oder Aufsichtstätigkeiten wahrnehmen können. Die Initiative legt auch Vorschriften für die Zuweisung von Aufgaben an akkreditierte qualifizierte Stellen fest. Bis zum 06.11.2023 besteht die Möglichkeit, sich an der Konsultation zu beteiligen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13942-EU-Agentur-fur-Flugsicherheit-Akkreditierungssystem-fur-Stellen-die-Aufsichtstatigkeiten-durchfuehren\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13942-EU-Agentur-fur-Flugsicherheit-Akkreditierungssystem-fur-Stellen-die-Aufsichtstatigkeiten-durchfuehren_de)

### **EuGH; Urteil zur Kfz-Haftpflichtversicherungspflicht von E-Bikes**

Der EuGH verkündete am 12.10.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-286/22. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass ein Fahrrad mit Elektrounterstützung nicht unter die Kfz-Haftpflichtversicherungspflicht fällt, da es nicht ausschließlich maschinell angetrieben wird. Hintergrund ist ein Verkehrsunfall eines Radfahrers auf einem E-Bike. Im Gerichtsverfahren wurde zur Feststellung eines möglichen Entschädigungsanspruchs diskutiert, ob ein E-Bike unter den Begriff „Kraftfahrzeug“ fällt. Der EuGH stellte nun fest, dass die einschlägige Richtlinie der EU keinen Hinweis darauf gibt, ob ein „Fahrzeug“ ausschließlich maschinell angetrieben sein muss. Allerdings beziehe sich die Richtlinie auf die Kfz-Haftpflichtversicherung, was eine Haftpflichtversicherung für den Verkehr von Gefährten, die ausschließlich maschinell angetrieben werden, bezeichnet. Ziel der Richtlinie sei außerdem der Schutz der Opfer von durch Kraftfahrzeuge verursachten Verkehrsunfällen. Dieses Ziel erfordere nicht, dass Fahrräder mit Elektrounterstützung unter den Begriff „Fahrzeug“ fallen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=278515&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=231417>

## Energie

### **Rat; Annahme der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energie**

Am 09.10.2023 nahm der Rat die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien an. Die Richtlinie ist Teil der Initiative „Fit for 55“ und sieht vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2030 insgesamt auf 42,5% angehoben wird. Dafür legt die Richtlinie Teilziele für verschiedene Bereiche fest. Im Verkehrssektor müssen entweder die Treibhausgasemissionen um 14,5% reduziert werden oder erneuerbare Energien 29% vom Endenergieverbrauch ausmachen. Die Mitgliedstaaten können zwischen beiden Möglichkeiten wählen. Die Richtlinie legt außerdem fest, dass fortschrittliche Biokraftstoffe und erneuerbare Kraftstoffe nicht-biologischen Ursprungs 5,5% der erneuerbaren Energien im Verkehrssektor ausmachen müssen. In der Industrie soll die Nutzung erneuerbarer Energien jährlich um 1,6% steigen. 42% des verwendeten Wasserstoffs bis 2030 (60% bis 2035) sollen aus erneuerbaren Brennstoffen nicht-biologischen Ursprungs stammen. In Gebäuden soll der Anteil erneuerbarer Energien mindestens 49% betragen. Die Zielvorgaben für erneuerbare Energien bei Heizung und Kühlung werden schrittweise erhöht, wobei auf nationaler Ebene bis 2026 ein verbindlicher Anstieg von 0,8% pro Jahr und von 2026 bis 2030 von 1,1% vorgesehen ist. Des Weiteren werden Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien beschleunigt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-36-2023-INIT/de/pdf>

## Digital

### **Kommission; Zukunft des Telekommunikationssektors und Digital Networks Act**

Die Kommission veröffentlichte am 10.10.2023 einen Bericht zu den Ergebnissen ihrer Sondierungskonsultation über die Zukunft des Sektors der elektronischen Kommunikation und seiner Infrastruktur. Die Konsultation lief vom 23.02.2023 bis zum 19.05.2023. Ziel der Konsultation war die Erhebung von Daten über Technologie- und Marktentwicklungen sowie von Meinungen zu einem „fairen Beitrag“ zum Netzausbau durch digitale Akteure, die von der digitalen Transformation profitieren. Im Hinblick auf den „fairen Beitrag“ standen seitens der Kommission Überlegungen für die Einführung einer Netzwerkabgabe für große Internetkonzerne im Raum. Im Ergebnis der Konsultation sprach sich die Mehrheit der Teilnehmenden gegen einen obligatorischen Mechanismus für Direktzahlungen aus, um zur Finanzierung des Netzausbaus beizutragen. Neben der Gefahr, dass der Grundsatz der Netzneutralität untergraben werden könne, wurde auch angeführt, dass große Internetkonzerne bereits in Konnektivität investieren würden. EU-Binnenmarkt Kommissar Thierry Breton kündigte am 10.10.2023 an, eine Verordnung über Digitale Netzwerke (Digital Networks Act/DNA) vorzulegen. Diese solle die Marktzersplitterung von Telekommunikationsanbietern durch die Erleichterung grenzüberschreitender Aktivitäten reduzieren sowie regulatorische Barrieren durch Ausschöpfung des Gigabit Infrastruktur Acts (GIA) weiter reduzieren.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/results-exploratory-consultation-future-electronic-communications-sector-and-its-infrastructure>

### **Kommission; DSA-Transparenzdatenbank gestartet**

Die Kommission hat am 26.09.2023 im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act/DSA) eine Transparenzdatenbank gestartet. Der DSA verlangt, dass alle Anbieter von Hosting-Diensten den Nutzern klare Informationen zur Verfügung stellen, wenn sie den Zugang zu bestimmten Inhalten entfernen oder einschränken. In der neuen Datenbank werden diese Begründungen gesammelt und online zugänglich gemacht. Derzeit müssen nur sehr große Online-Plattformen Daten an die Datenbank übermitteln; ab dem 17.02.2024 sind alle Anbieter von Online-Plattformen verpflichtet, Daten über Zugangsbeschränkungen zu übermitteln – ausgenommen bleiben Kleinst- und Kleinunternehmen. Die Transparenzdatenbank soll es ermöglichen, zusammenfassende Statistiken einzusehen und nach Begründungen zu suchen. Die Kommission plant in den kommenden Monaten, der Datenbank neue Analyse- und Visualisierungsfunktionen hinzuzufügen.

<https://transparency.dsa.ec.europa.eu/>

## Forschung

### **Kommission; Europäische Hochschulnetzwerke; neue Förderrunde**

Am 03.10.2023 hat die Kommission die fünfte Ausschreibung zur Einreichung von Projekten veröffentlicht, um die Initiative "Europäische Universitäten" (European Universities) weiter zu entwickeln. Erfolgreiche Hochschulen können bei der Kommission Allianzen aus Hochschulen aus verschiedensten Mitgliedstaaten und EU-Partnerländern beantragen. Finanziert wird die Förderrunde mit rund 189,2 Mio. Euro aus dem Programm Erasmus+. Derzeit bestehen 50 solcher Allianzen. Die Kommissionsstrategie für 2022 ("Stärkung der Rolle der Hochschulen im Hinblick auf die Zukunft Europas") sieht vor, dass bis Mitte 2024 60 europäische Hochschulallianzen mit mehr als 500 Hochschulen gegründet werden sollen. Der

Fördercall unterstützt eine "vertiefte institutionelle transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen" sowie die Schaffung einer "Community of Practice of European Universities", d. h. eines Forums für den Austausch bewährter Verfahren zwischen Allianzen. Der Fördercall wird bis zum 06.02.2024 geöffnet sein.

<https://erasmus-plus.ec.europa.eu/news/opening-of-2024-erasmus-european-universities-call>

#### **Kommission; Forschung; Marie-Curie-Austauschförderung; Horizont Europa;**

Am 05.10.2023 hat die Kommission einen neuen Fördercall im Bereich der Mobilitätsförderung für Forschende im Programm Marie-Sklodowska-Curie (MSCA) aufgelegt. Vorgesehen hat die Kommission ein Budget von insgesamt rund 78,5 Mio. EUR. Beantragt werden können internationale Kooperationsprojekte in der Forschung in der Förderlinie „Staff Exchanges“ (Austausch von Personal). Hierdurch fördert die Kommission die Zusammenarbeit zwischen akademischen und nichtakademischen Einrichtungen in der EU und sogar weltweit, um Innovationen und den Wissenstransfer zu stärken. Die Bewerbungsfrist endet am 28.02.2023 und das Budget soll rund 75 Projekte ermöglichen.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/forschungsforderung-antragsfrist-fur-projekte-zum-internationalen-personalaustausch-gestartet-2023-10-05\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/forschungsforderung-antragsfrist-fur-projekte-zum-internationalen-personalaustausch-gestartet-2023-10-05_de)

#### **Kommission; Forschung; Ausbildungsprogramme; Marie-Curie-Förderung**

Die Kommission hat am 11.10.2023 einen weiteren Fördercall im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) veröffentlicht. Im Bereich der Mobilitätsförderung werden auch regionale, nationale und internationale Programme über die Förderlinie COFUND veröffentlicht. Diese Ausschreibung ist mit rund 96,6 Mio. EUR ausgestattet und dient der Kofinanzierung von Doktorandenausbildungsprogrammen und Postdoc-Stipendienprogrammen von herausragender Qualität. Im Rahmen von MSCA COFUND kann jede Art von Organisation, einschließlich Hochschulen, Forschungsinstituten, Unternehmen bzw. regionale oder nationale Behörden Finanzmittel beantragen, um ihre eigenen Ausbildungsprogramme zu entwickeln und zu unterstützen, die eine regionale, nationale oder internationale Komponente haben. Dadurch sollen internationale Talente angeworben und Forschungs- und Innovationskapazitäten gesteigert werden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 08.02.2024.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-opens-eu966m-call-to-co-fund-doctoral-and-postdoctoral-programmes>

#### **Kommission; Forschungsrat; Wissenschaftsmesse „Science is Wonderful“**

Am 10.10.2023 hat der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, eine Ausschreibung zur Forschungsmesse „Science is Wonderful“ veröffentlicht. Der ERC, der kompetitiv Förderungen für exzellente Forschende vergibt, regt mit dieser Ausschreibung die vom ERC geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an, ihre Forschungsarbeiten auf der Wissenschaftsmesse vorzustellen. Die Messe richtet sich an eine breite Öffentlichkeit, insbesondere an Schülerinnen und Schüler, und soll ihnen die Forschung in verständlicher Weise miterlebbar, interessant und zugänglich machen. Die Zuschussempfänger können sich mit einem Stand und/oder einer Show in die Veranstaltung einbringen, die Kommission übernimmt Messekosten sowie Reisekosten. Die Messe findet am 25./26.04.2023 in Brüssel statt, die Bewerbungsfrist für diese Ausschreibung läuft bis zum 26.10.2023.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Science-is-Wonderful-2024-ERC-grantees>



## **Horizont Europa; NetZeroCities; Auszeichnung Wiesbaden**

Am 28.09.2023 hat die Initiative NetZeroCities der Kommission, die im Rahmen der Städtemission „Mission Cities“ unter Horizont Europa gefördert wird, die Ergebnisse der neuen „Twinning“-Förderrunde bekannt gegeben. Rund 40 neue Städte aus ganz Europa, darunter sieben aus assoziierten Ländern, werden mit Pilotstädten zusammengebracht, um neue Ansätze auf dem Weg zur Klimaneutralität zu eruiieren. So sollen wertvolle Erkenntnisse aus der Erprobung der neuesten Strategien zur Klimaneutralität geteilt werden. Das NetZeroCities-Twinning-Programm zielt im Kern darauf ab sicherzustellen, dass Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes einen Welleneffekt haben, wobei der Erfolg in einer Stadt den Weg für weitere Städte ebnet. Die sog. „Zwillingsstädte“ werden auf der Grundlage dieser Erfahrungen Replikationspläne erstellen und dabei von der direkten Unterstützung der NetZeroCities-Partner profitieren. Die Stadt Wiesbaden (DEU) hat hierfür den Zuschlag als eine der 40 Städte erhalten. Die Förderung wird bis Mai 2025 laufen. Kooperationspartnerstadt Wiesbadens für den Wissenstransfer ist Malmö (SWE). Malmö ist die drittgrößte Kommune Schwedens und verfolgt seit Jahren einen wissenschaftsbasierten und gemeinsamen Lernansatz zur Kapazitätsbildung.

<https://netzerocities.eu/2023/09/25/40-twin-cities-to-replicate-new-approaches-to-climate-neutrality/>

## **Finanzdienstleistungen**

### **EP; Neue Verordnung zur Kennzeichnung „europäischer grüner Anleihen“**

Am 05.10.2023 hat das Parlament eine neue Verordnung beschlossen, die einheitliche Standards für Emittenten festlegt, die die Kennzeichnung „europäische grüne Anleihen“ für ihre Anleihen verwenden wollen. Durch die neuen Standards wird es Anlegern gestattet, ihr Kapital in ökologisch nachhaltigere Technologien und Unternehmen zu investieren. Die Standards bieten den emittierenden Unternehmen zusätzliche Sicherheit, dass ihre Anleihen für Investoren, die sie in ihr Portfolio aufnehmen wollen, aussichtsreich sind. Hierdurch soll das Interesse an grünen Finanzprodukten gefördert werden und dadurch der Weg zur Klimaneutralität erleichtert werden. Die neuen Standards stehen im Einklang mit dem Taxonomierahmen der EU. Die Standards sollen vor allem für mehr Transparenz sorgen, indem Unternehmen, die den Standard bei der Vermarktung einer grünen Anleihe verwenden, offenlegen müssen, wie die Investitionen in die Übergangspläne des Unternehmens insgesamt einfließen. Überdies soll mit der Verordnung ein Registrierungssystem und ein Aufsichtsrahmen für externe Bewerter europäischer grüner Anleihen geschaffen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06139/neuer-eu-standard-zur-bekämpfung-von-grunfarberei-an-den-anleihemarkten>

### **EP; Änderung bei im Fernabsatz geschlossenen Finanzdienstleistungsverträgen**

Das EU-Parlament billigte am 05.10.2023 die mit dem Rat erzielte vorläufige Einigung in Bezug auf im Fernabsatz geschlossene Finanzdienstleistungsverträge. Der Rat muss noch förmlich zustimmen. Durch die Änderung werden die Rechte der Verbraucher bei vorvertraglichen Informationen und das Widerrufsrecht gestärkt. Zum einen hat der Unternehmer eine Schaltfläche für den Widerruf bereitzustellen, wenn der Verbraucher auf elektronischem Wege einen Finanzdienstleistungsvertrag im Fernabsatz abschließt. Zum anderen hat der Unternehmer in Verbindung mit dem Zeitpunkt, zu dem die vorvertraglichen Informationen bereitgestellt werden müssen,

eine Mitteilung über das Widerrufsrecht zu übermitteln, sofern der Verbraucher die vorvertraglichen Informationen weniger als einen Tag vor Vertragsabschluss erhält.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0354\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0354_DE.html)

### **Rat; Annahme der Verbraucherkreditrichtlinie**

Der Rat hat am 09.10.2023 die Neufassung der Verbraucherkreditrichtlinie angenommen. Die bisherige Richtlinie über Verbraucherkreditverträge aus dem Jahr 2008 wird hierdurch aufgehoben und ersetzt. Die verabschiedete Richtlinie soll sicherstellen, dass Kreditinformationen klar und verständlich dargestellt werden und an digitale Geräte angepasst sind. Weiterhin soll sie strengere Regeln für Werbung festlegen, um missbräuchliche Kreditvergabe an überschuldete Verbraucher einzudämmen, und wirksame Maßnahmen gegen überhöhte Gebühren schaffen. Des Weiteren soll die Richtlinie Kreditgeber verpflichten zu prüfen, ob die Verbraucher ihren Kredit zurückzahlen können, damit sie vor Überschuldung geschützt sind. Der Anwendungsbereich der Richtlinie soll auch auf Kredite unter 200 € und auf „Sofort-Kaufen-Späterzahlen“ Produkte ausgeweitet werden. Weiter soll mit der Richtlinie den Verbrauchern das Recht eingeräumt werden, einen Kreditvertrag innerhalb von 14 Tagen zu kündigen.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/asking-for-a-loan-will-be-safer-in-the-eu-after-the-council-s-final-approval-of-the-consumer-credit-directive/?utm\\_source=dsmsauto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Asking+for+a+loan+will+be+safer+in+the+EU+after+the+Council%25u2019s+final+approval+of+the+Consumer+Credit+Directive](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/asking-for-a-loan-will-be-safer-in-the-eu-after-the-council-s-final-approval-of-the-consumer-credit-directive/?utm_source=dsmsauto&utm_medium=email&utm_campaign=Asking+for+a+loan+will+be+safer+in+the+EU+after+the+Council%25u2019s+final+approval+of+the+Consumer+Credit+Directive)

### **EBA; Aufsichtsbereich Krypto**

Am 29.09.2023 veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihre Stellungnahme zu zwei delegierten Rechtsakten der Kommission im Rahmen der Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCAR) zu den Kriterien für die Bestimmung der Bedeutung von Asset-Referenced Token (ARTs) und E-Geld-Token (EMTs) sowie zu den Aufsichtsgebühren, die die EBA Emittenten bedeutender ARTs und bedeutender EMTs in Rechnung stellen kann. Die EBA hat hierbei in Bezug auf die Aufsichtsgebühren Kriterien für die Aufteilung der Kosten zwischen den Emittenten vorgeschlagen. Hierbei sollen alle Kosten, die ihr bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgaben an die zuständigen nationalen Behörden entstehen, den Emittenten bedeutender ARTs und bedeutender EMTs, im Einklang mit dem in der MiCAR vorgesehenen Ansatz der vollständigen Kostendeckung, in Rechnung gestellt werden können.

[https://www.eba.europa.eu/languages/home\\_de](https://www.eba.europa.eu/languages/home_de)

## Finanzen

### **EP; Aufstockung des Mehrjahresbudgets für Krisenreaktion**

Das EU-Parlament legte am 03.10.2023 seinen Standpunkt für Verhandlungen mit dem Rat zur Reform des langfristigen EU-Haushalts fest. Im Anschluss an den Vorschlag der Kommission für eine Halbzeitüberprüfung des langfristigen EU-Haushalts befürworteten die Abgeordneten im Plenum zusätzliche 10 Mrd. EUR für die Jahre 2024-2027, zusätzlich zu den von der Kommission vorgeschlagenen 65,8 Mrd. EUR, um Bereiche wie Migration, externe Herausforderungen, die strategische Autonomie der EU und die Krisenreaktionsfähigkeit der EU zu stärken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06130/parliament-argues-for-a-top-up-to-multi-annual-budget-for-crisis-response>

### **EP; Drei Länder erhalten EU-Hilfe in Höhe von fast 455 Mio. EUR**

Am 04.10.2023 hat das Parlament fast 455 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds (EUSF) genehmigt, um auf die jüngsten Naturkatastrophen in Rumänien, Italien und der Türkei zu reagieren. Die Unterstützung aus dem EUSF wird einen Teil der Kosten für Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen abdecken. Hierunter fallen z. B. die Reparaturen beschädigter Infrastrukturen, die Sicherung präventiver Infrastrukturen und der Schutz des kulturellen Erbes sowie Aufräumarbeiten. Nach den Regeln des Fonds können Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen rückwirkend ab dem ersten Tag einer Katastrophe aus dem EUSF finanziert werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06128/three-countries-to-receive-nearly-EU455-million-in-eu-aid-after-natural-disasters>

### **EuRH; Jahresbericht 2022**

Am 05.10.2023 hat der Europäischen Rechnungshofs (EuRH) den Jahresabschluss des EU-Haushalts 2022 gebilligt. Die Einnahmen- und Ausgabenseite wies keine wesentlichen Fehler auf. Der EuRH äußerte jedoch Vorbehalte in Bezug auf die Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und der Aufbau- und Resilienzfazilität. Mit dem EU-Haushalt wurden auch die Klimaschutzverpflichtungen der EU erfüllt und greifbare Ergebnisse für Haushalte in ganz Europa erzielt. Im Jahr 2022 wurden 119,4 Mrd. EUR für Maßnahmen bereitgestellt, die zu Klimazielen beitragen. Die Nachfrage nach EU-Anleihen blieb auch im Jahre 2022 trotz eines schwierigen Marktumfelds hoch. Die Kommission stellt weiter fest, dass die geschätzten finanziellen Auswirkungen des EuRH in Bezug auf angeblich vorschriftswidrige Zahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität in jedem Fall unter der Wesentlichkeitsschwelle von zwei Prozent liegen. Das Ziel der Kommission einer geringen Fehlerquote, wurde für den Jahresabschluss 2022 erreicht. Die Kommission schätzt auf der Grundlage der prognostizierten künftigen Korrekturen, das Risiko beim Abschluss der Programme auf 0,9 Prozent.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/rechnungshof-billigt-jahresabschluss-des-eu-haushaltes-von-2022-2023-10-05\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/rechnungshof-billigt-jahresabschluss-des-eu-haushaltes-von-2022-2023-10-05_de)

### **EUROSTAT; Leistungsbilanzüberschuss der EU von 73,0 Mrd. EUR**

Am 05.10.2023 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (Eurostat) die Zahlen zum Leistungsbilanzüberschuss. Die saisonbereinigte Leistungsbilanz innerhalb der Zahlungsbilanz der EU verzeichnete im zweiten Quartal 2023 einen Überschuss von 73 Mrd. EUR (+1,7% des BIP) verglichen mit einem Überschuss von 60,6 Mrd. EUR (+1,5% des BIP) im ersten Quartal 2023 und einem Defizit von 32,6 Mrd. Euro (-0,8% des BIP) im zweiten Quartal 2022. Als wichtigste Partner im zweiten Quartal 2023 verzeichnete die EU Überschüsse in der Leistungsbilanz mit dem Vereinigten Königreich (+61,0 Mrd.), der Schweiz (+27,5 Mrd.), den Offshore-Finanzzentren (+13,3 Mrd.), den USA (+10,7 Mrd.), Kanada (+9,6 Mrd.), Hong Kong (+8,2 Mrd.), Brasilien (+6,7 Mrd.), Russland (+2,9 Mrd.) und Japan (+1,2 Mrd.). Defizite wurden mit China (-41,5 Mrd.) und Indien (-3,0 Mrd.) registriert. Im zweiten Quartal 2023 sanken in der EU die Forderungen aus Direktinvestitionen um 96,5 Mrd. EUR und die Verbindlichkeiten aus Direktinvestitionen sanken um 130,4 Mrd. EUR. Folglich war die EU ein Nettoinvestor von Direktinvestitionen gegenüber dem Rest der Welt in Höhe von 33,9 Mrd. EUR. Gleichzeitig verzeichneten Wertpapieranlagen einen ausgehenden Nettostrom in Höhe von 35,2 Mrd. EUR, während im übrigen Kapitalverkehr ein eingehender Nettostrom von 1,3 Mrd. EUR verbucht wurde. Die höchsten Überschüsse wurden in Deutschland (+58,9 Mrd.), den Niederlanden (+23,2 Mrd.), Irland (+15,8 Mrd.), Dänemark (+11,0 Mrd.), Spanien (+8,9 Mrd.) und Schweden (+6,0 Mrd.) beobachtet. Die größten Defizite verzeichneten Frankreich (-8,9 Mrd.),

Rumänien (-5,1 Mrd.), Griechenland (-4,2 Mrd.), Finnland (-3,3 Mrd.), Belgien sowie Italien (jeweils -2,0 Mrd.).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17624159/2-05102023-BP-DE.pdf/b6997922-3969-082d-02fd-fd143b1711b5>

## S o z i a l e s

### **Kommission; Qualitätsverbesserung bei Praktika**

Die Kommission leitete am 28.09.2023 die zweite Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner ein, um den EU-Qualitätsrahmen für Praktika zu aktualisieren. Sie folgt auf den Abschluss der ersten Konsultationsphase am 15.09.2023, der Reaktionen von 13 europäischen Sozialpartnern hervorrief. Die Kommission möchte auf EU-Ebene zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des bestehenden Rahmens ergreifen. Der bestehende Rahmen legt 21 Grundsätze für die Mitgliedstaaten fest, um qualitativ hochwertige Praktika zu gewährleisten. Dazu gehören schriftliche Praktikumsvereinbarungen, klar definierter Lernziele und transparente Informationen zu Vergütung und Sozialschutz. Allerdings zeigte die Evaluierung auch, dass die Anwendung, Überwachung und Umsetzung der Qualitätsgrundsätze des Rahmenwerks verbessert werden könnten. In der zweiten Phase der Konsultation, die bis zum 09.11.2023 läuft, sollen die Ansichten europäischer Gewerkschaften und Arbeitgeber zu möglichen EU-Maßnahmen eingeholt werden, insbesondere im Hinblick auf Nutzung, Qualität (einschließlich fairer Bezahlung und Zugang zum Sozialschutz) und Zugänglichkeit von Praktika in der gesamten EU.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_4606](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4606)

### **Rat; Schlussfolgerungen zum Sozialschutz für Selbstständige zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte gebilligt**

Der Rat hat am 09.10.2023 Schlussfolgerungen zum Sozialschutz für Selbstständige zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte gebilligt. 2022 waren Selbstständige in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten (MS) nicht von allen Zweigen des Sozialschutzes erfasst. So haben mehr als 15 Millionen Selbstständige in der EU keinen Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Um den Zugang von Selbstständigen zum Sozialschutz zu verbessern, insbesondere in Bezug auf die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, ersucht der Rat die MS, die verbliebenden Lücken in ihren nationalen Systemen zu schließen. Damit ein angemessener Lebensstandard gewährleistet und Armut trotz Erwerbstätigkeit verhindert werden kann, sollen die MS ein angemessenes Schutzniveau für Selbstständige sicherstellen. Mit weiteren Maßnahmen sollen unter anderem die Sozialschutzsysteme transparenter gemacht und eine angemessene Datenerhebung in Bezug auf Sozialschutzmaßnahmen sichergestellt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/social-protection-for-the-self-employed-council-calls-for-action-to-address-remaining-gaps/>

### **Rat; Maßnahmen zum Umgang mit den Auswirkungen prekärer Beschäftigung auf die psychische Gesundheit**

Der Rat hat am 09.10.2023 erstmals Schlussfolgerungen zum Zusammenhang zwischen psychischer Gesundheit und prekärer Beschäftigung gebilligt. Da psychische Gesundheit und Arbeit eng miteinander verknüpft sind, kann insbesondere prekäre Beschäftigung, einschließlich schlecht bezahlter und ungeschützter Beschäftigung, zu Erkrankungen wie Angstzuständen und Depressionen führen.

Bestimmte Risikofaktoren, die mit Stress und psychischen Erkrankungen im Zusammenhang stehen, sind infolge der COVID-19-Pandemie vermehrt aufgetreten. In der Europäischen Union litten 2022 mitunter deshalb 27% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Stress, Depressionen und Angstzuständen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten hochwertige Beschäftigungsmaßnahmen zu fördern, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Außerdem soll mehr zu psychischer Gesundheit am Arbeitsplatz geforscht werden und öffentliche Systeme zum Schutz dieser gestärkt werden. Arbeitnehmer mit psychischen Erkrankungen sollen bei Einstellung oder Wiedereingliederung unterstützt werden und Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen bei der Prävention psychosozialer Risiken am Arbeitsplatz geholfen werden. Der Rat ersucht die Kommission, Überlegungen im Hinblick auf eine angemessene Politik zur Bewältigung psychosozialer Risiken am Arbeitsplatz anzustellen und die Koordinierung nationaler Initiativen dazu voranzutreiben. Außerdem soll das Recht auf Nichterreichbarkeit als vorbeugende Maßnahme eingestuft werden. Darüber hinaus werden die Sozialpartner ersucht, weiterhin am sozialen Dialog teilzunehmen, um auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinzuwirken und für die Bedeutung des psychischen Wohlbefindens zu sensibilisieren <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/council-calls-for-measures-to-address-impact-of-precarious-work-on-mental-health/>

### **Rat; Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft**

Der Rat hat 09.10.2023 eine Empfehlung zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft an die Mitgliedstaaten (MS) ausgesprochen. Den MS sollen Orientierungshilfen für die Förderung günstiger politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft und Maßnahmen zur Erleichterung ihrer Entwicklung an die Hand gegeben werden. Damit soll im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte der Zugang zum Arbeitsmarkt und die soziale Inklusion gefördert werden. Der Rat der Europäischen Union empfiehlt den MS, entsprechend ihrer Zuständigkeiten und Gegebenheiten, gemeinsam mit den Interessenträgern darauf hinzuwirken, die Beiträge der Sozialwirtschaft anzuerkennen, diese zu unterstützen und darauf aufzubauen. Dabei soll insbesondere schutzbedürftigen oder unterrepräsentierten Gruppen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und soziale Inklusion durch die Bereitstellung von Sozial-, Betreuungs- und Pflegediensten gefördert werden. Außerdem sollen die MS die Entwicklung von Kompetenzen fördern; nicht zuletzt solchen, die der digitale und der grüne Wandel erfordern. Damit soll soziale Innovation und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden, wodurch die Verwirklichung der drei Kernziele der Union in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung bis 2030 erreicht werden soll. Den MS wird nahegelegt, sozialwirtschaftlichen Einrichtungen den Zugang zu öffentlichen und privaten Finanzmitteln zu erleichtern, auch durch die bestmögliche Nutzung von EU-Mitteln. Wie aus der Empfehlung hervorgeht, sind für die Entwicklung der Sozialwirtschaft mehrere Faktoren gleichermaßen entscheidend: ein verbesserter Zugang zu Märkten und öffentlichen Aufträgen, eine effiziente Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen und günstige steuerliche Rahmenbedingungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/social-economy-council-recommends-member-states-tap-its-full-potential/>

### **EuGH; Widerrufsrecht bei automatischer Verlängerung eines Fernabsatzvertrags**

Der EuGH hat am 05.10.2023 in der Rechtssache C-565/22 entschieden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher grundsätzlich ein einziges Mal das Recht haben, ein im Fernabsatz abgeschlossenes Abonnement, das anfangs kostenlos ist und sich automatisch verlängert, zu widerrufen. Dies gilt allerdings nicht, wenn der Verbraucher oder die Verbraucherin nicht hinreichend klar, verständlich und ausdrücklich über die Gesamtkosten des Abonnements informiert wurde. In einem solchen Fall steht Verbraucherinnen und Verbrauchern laut dem Urteil des EuGH ein neuerliches Widerrufsrecht zu. Der österreichische Oberste Gerichtshof hatte den EuGH um Auslegung der Richtlinie über die Rechte der Verbraucher ersucht. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit zwischen dem beklagten Unternehmen Sofatutor, das Internet-Lernplattformen für Schülerinnen und Schüler betreibt, und dem Kläger, dem Verein für Konsumenteninformation, welcher der Ansicht war, dass Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Rücktrittsrecht nicht nur aufgrund des Abschlusses eines 30-tägigen kostenlosen Testabonnements, sondern auch aufgrund der Umwandlung dieses Abonnements in ein kostenpflichtiges Abonnement und dessen automatischer Verlängerung zustehen müsse. Dieser Auffassung hat der EuGH mit seinem Urteil allerdings grundsätzlich widersprochen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-10/cp230154de.pdf>

### **Kommission; Festsetzung neuer reduzierter Grenzwerte für Nitrit und Nitrat als Lebensmittelzusatzstoffe**

Am 06.10.2023 hat die Kommission neue Grenzwerte für Nitrit und Nitrat als Lebensmittelzusatzstoffe festgelegt, um sicherzustellen, dass die in der EU vermarkteten Lebensmittel für Verbraucherinnen und Verbraucher so sicher wie möglich sind. Ziel der verschärften Grenzwerte ist es außerdem, die Verbraucherinnen und Verbraucher im Rahmen der Maßnahmen des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung vor krebserregenden Stoffen, wie z.B. Nitrosaminen, zu schützen. Dieser Entscheidung waren eine wissenschaftliche Bewertung von Nitrit und Nitrat durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sowie die Billigung der neuen Grenzwerte durch die Mitgliedstaaten vorausgegangen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex\\_23\\_4799](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_4799)

### **Kommission; Neue Finanzierungspartnerschaft im Gesundheitsbereich**

Die Kommission, die Europäische Investitionsbank und die Bill & Melinda Gates Foundation haben am 11.10.2023 eine neue Finanzierungspartnerschaft über voraussichtlich 1,1 Mrd. EUR angekündigt, um die Kinderlähmung auszurotten und zu gewährleisten, dass Innovationen im Gesundheitsbereich für die Menschen, die sie am dringendsten benötigen, leichter zugänglich werden. Die Partnerschaft stellt eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die globale Gesundheit und die menschliche Entwicklung im Rahmen des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+) der Kommission dar. Mit der voraussichtlichen Kombination neuer ergänzender Mittel für die globale Gesundheit durch die Bill & Melinda Gates-Stiftung, wird die Wirkung jedes von der EU und der Europäischen Investitionsbank zugesagten Euro maximiert. Dazu werden Mittel in Höhe von 500 Mio. EUR für die globale Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung – insbesondere WHO und UNICEF – bereitgestellt. Neben der Finanzierung von Polioimpfungen für fast 370 Millionen Kinder pro Jahr, dienen sie auch Poliokampagnen. Zusätzlich wird die Bereitstellung lebenswichtiger Gesundheitsdienste für Kinder einschließlich Masernimpfstoffe und anderer routinemäßiger Immunisierungen sowie die Stärkung der Gesundheitssysteme

finanziert. Weitere 500 Mio. EUR sind für den Ausbau der Innovationskapazität der Gesundheitssysteme in Ländern mit geringerem Einkommen bestimmt. Voraussichtlich werden 80 Mio. EUR an Zuschüssen für technische Hilfe gewährt, um sicherzustellen, dass globale Gesundheitsprogramme ihr volles Potenzial entfalten. Die heute angekündigte Partnerschaft baut auf bestehenden Partnerschaften zwischen der Bill & Melinda Gates Foundation, der Kommission und den Mitgliedstaaten auf.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_23\\_4783](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_4783)

### **HaDEA; Fördermaßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit**

Am 10.10.2023 hat die Exekutivagentur für Gesundheit und Digitalisierung anlässlich des Welttages für die psychische Gesundheit einen Überblick über aktuelle Förderaufrufe in diesem Bereich veröffentlicht. Diese umfassen unterschiedliche Zielsetzungen, z.B. im Hinblick auf die psychische Gesundheit Geflüchteter aus der Ukraine oder spezifisch auf Kinder gerichtete Fördermöglichkeiten. Die Gelder werden aus dem EU-Gesundheitsprogramm sowie dem Forschungsrahmenprogramm Horizon finanziert.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/hadea-celebrates-world-mental-health-day-discover-eu4health-and-horizon-projects-supporting-mental-2023-10-10\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/hadea-celebrates-world-mental-health-day-discover-eu4health-and-horizon-projects-supporting-mental-2023-10-10_en)

## U m w e l t

### **Kommission; Ende des dritten Calls für Kleinprojekte im Rahmen des Innovationsfonds**

Am 29.09.2023 endete der dritte Call zur Einreichung von Vorschlägen für Kleinprojekte im Rahmen des Innovationsfonds mit einer Mittelausstattung von 100 Mio. EUR, die sich mit Lösungen für die industrielle Dekarbonisierung in den 27 Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen befassen. Ziel ist die weitere Förderung von innovativen, kohlenstoffarmen Pioniertechnologien. Die Kommission hat nach Ende der Ausschreibung bekanntgegeben, dass insgesamt 72 Projekte aus 23 Ländern zur Förderung eingereicht wurden. Das beantragte Fördervolumen beläuft sich auf insgesamt 289 Mio. EUR und übersteigt die zur Verfügung stehenden Mittel somit knapp um das Dreifache. Die Projektvorschläge decken Sektoren wie Chemikalien, Glas, Wasserstoff, Solarenergie, die Herstellung von Komponenten für erneuerbare Energien und Energiespeicherung, sowie Nichteisenmetalle und Wasser- und Meeresenergie ab. Nach einer Prüfung durch unabhängige Experten werden die Bewertungsergebnisse Anfang 2024 veröffentlicht und die erfolgreichen Projektträger aufgefordert, ihre Finanzhilfevereinbarungen vorzubereiten. Für die ausgewählten Projekte wird der Innovationsfonds bis zu 60% der gesamten Investitionskosten (zwischen 2,5 und 7,5 Mio. EUR) finanzieren. Die Finanzmittel werden im zweiten Quartal 2024 vergeben. Nicht erfolgreiche Vorschläge, welche das Potenzial zur Verbesserung ihres Reifegrads haben, können die Möglichkeit erhalten, Projektentwicklungshilfe bei der Europäischen Investitionsbank zu beantragen.

[https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/promoting-innovative-cleantech-72-applications-innovation-funds-3rd-small-scale-call-2023-09-29\\_de](https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/promoting-innovative-cleantech-72-applications-innovation-funds-3rd-small-scale-call-2023-09-29_de)

### **Kommission; Beginn der Übergangsphase des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsystems (CBAM)**

Am 01.10.2023 ist das CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsystem (CBAM) mit einer Übergangsphase angelaufen. CBAM stellt ein Instrument der EU gegen die Verlagerung von Produktionskapazitäten (und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen) in Drittstaaten

dar und ist ein Schlüsselement der „Fit für 55“-Agenda. CBAM gleicht die Differenz beim CO<sub>2</sub>-Preis von importierten und EU-Produkten aus, um sicherzustellen, dass die EU-Klimapolitik nicht durch die Auslagerung der Produktion in Länder mit weniger anspruchsvollen Umweltstandards oder die Ersetzung von EU-Produkten durch CO<sub>2</sub>-intensivere Importe aufgeweicht wird. In der Übergangsphase, die bis 2026 läuft, gilt CBAM nur für Einfuhren von Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Düngemitteln, Strom und Wasserstoff. EU-Importeure müssen den Umfang ihrer Einfuhren und die bei der Herstellung anfallenden Treibhausgasemissionen melden. Finanzielle Anpassungen sind in dieser Phase nicht erforderlich. Importeure werden aufgefordert, Daten für das vierte Quartal 2023 zu sammeln, ihr erster Bericht muss jedoch erst bis zum 31.01.2024 eingereicht werden. Um die betroffenen Betriebe zu unterstützen, steht seit dem 01.10.2023 auch ein neues CBAM-Übergangsregister zur Verfügung, über welches die Importeure die erforderlichen Berechnungen durchführen und melden können. Außerdem stellt die Kommission sukzessive eine ausführliche schriftliche Anleitung, Online-Schulungsmaterial sowie Webinare, sektorspezifische Fact Sheets und eine Schritt-für-Schritt Checkliste zur Verfügung.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_4685](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4685)

### **EP; Annahme des Standpunktes zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen**

Das EP hat am 04.10.2023 seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission für die Überarbeitung der Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) mit 519 Stimmen bei 99 Gegenstimmen und acht Enthaltungen angenommen. Der Bericht wurde von MdEP Maria Spyra (EVP/GRI) vorlegt und zielt darauf ab, gefährliche Chemikalien besser zu identifizieren und einzustufen, die Kommunikation über chemische Gefahren zu verbessern sowie Rechtslücken und die hohe Zahl der Verstöße zu beseitigen. Die Abgeordneten unterstützen die neuen Formatierungsregeln für die Gefahrenkommunikation, die durch neue Anforderungen an die Mindestschriftgröße und -farbe die Lesbarkeit der Etiketten verbessern sollen. Die neuen Regeln sollen gemäß dem Standpunkt des EP für alle relevanten Akteure in der Lieferkette gelten, was auch den Online-Handel einschließt. Der Bericht sieht außerdem vor, dass sämtliche Informationen, die den Behörden im Zusammenhang mit dem Einstufungs- und Kennzeichnungsverzeichnis mitgeteilt werden, öffentlich zugänglich gemacht werden. Tierversuche sollen so schnell wie möglich abgeschafft werden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten, dass die Kommission zum 01.01.2026 Stoffe und Gemische nach den neu eingeführten Gefahrenklassen einstufen muss, wenn diese zum 01.01.2025 in die Kandidatenliste aufgenommen worden sind. Die Kommission soll laut dem Bericht auch die Einführung von Gefahrenkriterien für Immunotoxizität und Neurotoxizität prüfen. Der Rat hatte seine allgemeine Ausrichtung bereits am 30.06.2023 angenommen, sodass die Trilog-Verhandlungen nun beginnen können.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06134/chemicals-clearer-classification-and-labelling-to-improve-info-to-consumers>

### **Rat; EP; vorläufige Einigung zur Emissionsreduktion von fluorierten Gasen und ozonabbauenden Stoffen**

Am 05.10.2023 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Verordnung über fluorierte Treibhausgase (F-Gase) sowie über die Verordnung über ozonabbauende Stoffe (ODS) erzielt. Ziel der beiden Verordnungen ist es, die Emissionen von fluorierten Gasen und ozonabbauenden Stoffen weiter zu reduzieren und damit eine Begrenzung der globalen Erderwärmung im Einklang mit den Pariser Klimazielen zu erreichen. Die Vereinbarung sieht einen Ausstieg aus der Verwendung von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW) bis 2050 vor und stellt einen Zeitplan zur



Verringerung der EU-Quoten für Herstellung und Verbrauch von HFKW auf. Außerdem enthält die vorläufige Einigung ein Verbot für das Inverkehrbringen bestimmter Produkte, die F-Gase enthalten, sowie spezifische Fristen für den Ausstieg aus der Verwendung von F-Gasen in Sektoren, in denen technisch und wirtschaftlich machbare Alternativen verwendet werden können, z.B. bei Haushaltsgeräten, Klimaanlageanlagen und Wärmepumpen. Während die Verwendung von ODS in neuen Geräten bereits verboten ist, wird mit der neuen ODS-Verordnung künftig auch geregelt, dass ODS bei der Renovierung oder dem Abriss von Gebäuden aus Isolierschäumen zurückgewonnen oder zerstört werden müssen. Auch für die Verwendung von ODS in der chemischen Industrie gelten künftig strengere Regeln. Die Einigung muss nun von Rat und EP gebilligt und förmlich angenommen werden.  
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/05/fluorinated-gases-and-ozone-depleting-substances-council-and-parliament-reach-agreement/>

### **EP; Billigung von Wopke Hoekstra als EU-Kommissar für Klimapolitik und Maroš Šefčovič als Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal**

Das EP hat am 05.10.2023 Wopke Hoekstra (NDL) als EU-Kommissar für Klimapolitik und Maroš Šefčovič (SLK) als Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal gebilligt. Wopke Hoekstra wurde in geheimer Abstimmung von 279 MdEPs unterstützt, während 173 Abgeordnete gegen ihn stimmten und 33 sich enthielten. Die Erweiterung des Portfolios von Maroš Šefčovič als Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal wurde mit 322 zu 158 Stimmen bei 37 Enthaltungen in ebenfalls geheimer Abstimmung gebilligt. Der Abstimmung im Plenum war eine positive Bewertung des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) nach den Anhörungen von Hoekstra am 02.10.2023 und von Šefčovič am 03.10.2023 sowie der Beantwortung von zusätzlichen schriftlichen Fragen vorausgegangen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06138/ja-zu-wopke-hoekstra-als-eu-kommissar-neue-aufgaben-fur-vizeprasident-sefcovic>

### **Rat; Ernennung von Wopke Hoekstra als EU-Kommissar für Klimapolitik**

Am 09.10.2023 hat der Rat im Einvernehmen mit Kommissionspräsidentin von der Leyen Wopke Hoekstra (NDL) zum neuen EU-Kommissar ernannt. Die Ernennung erfolgt nach dem Rücktritt von Frans Timmermans als Exekutiv-Vizepräsident und Klimakommissar. Sie gilt für die verbleibende Amtszeit der Kommission bis zum 31.10.2024. Hoekstra übernimmt das Ressort Klimapolitik.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/wopke-hoekstra-appointed-as-european-commissioner/>

### **Kommission; Konsultation zum Recycling von Schiffen**

Die Kommission hat am 05.10.2023 eine öffentliche Konsultation zur 12. Aktualisierung der EU-Liste der zugelassenen Abwrackeinrichtungen für das Recycling von Schiffen eröffnet. Hintergrund der Konsultation ist, dass Eigner und Eignerinnen von Schiffen, die unter der Flagge eines EU-Staates fahren, verpflichtet sind, diese Schiffe am Ende ihrer Nutzungsdauer in zugelassenen Abwrackwerften, die den Gesundheits- und Umweltstandards der EU entsprechen, abwracken zu lassen. Rückmeldungen zu dieser Konsultation sind bis zum 02.11.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13945-Recycling-von-Schiffen-EU-Liste-der-zugelassenen-Abwrackeinrichtungen-12-Aktualisierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13945-Recycling-von-Schiffen-EU-Liste-der-zugelassenen-Abwrackeinrichtungen-12-Aktualisierung_de)

## **EP; Annahme des Standpunktes zur Neufassung der Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer**

Am 05.10.2023 hat das EP seinen Standpunkt zur Neufassung der Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer mit 420 zu 62 Stimmen bei 84 Enthaltungen angenommen. Der Bericht wurde von MdEP Nils Torvalds (RN/ FIN) vorgelegt und sieht vor, dass gereinigtes Abwasser aus kommunalen Kläranlagen in größerem Umfang, z.B. in industriellen Prozessen sowie in Fernwärme- und Kühlsystemen, wiederverwendet werden soll, um Wasserknappheit zu verhindern. Außerdem sollen die nationalen Regierungen Pläne zur Wassereinsparung und Wiederverwendung entwickeln und umsetzen. Der Standpunkt des EP sieht auch vor, dass chemische Schadstoffe, inklusive PFAS („Ewigkeitschemikalien“), Mikroplastik, Krankheitserreger und antimikrobielle Resistenzen stärker überwacht werden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten die Einführung eines Systems der erweiterten Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility; EPR) für solche Arzneimittel und Kosmetika, die eine zusätzliche Behandlung von Mikroverunreinigungen im kommunalen Abwasser erfordern. Die Trilog-Verhandlungen können aufgenommen werden, sobald der Rat sich auf sein Verhandlungsmandat geeinigt hat.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0355\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0355_EN.pdf)

## **Kommission; Verleihung des Preises Grüne Städte Europas 2025**

Am 05.10.2023 hat die Kommission in Tallinn (EST), der diesjährigen Grünen Hauptstadt Europas, die Gewinner des Preises „Grüne Städte Europas 2025“ bekanntgegeben. Vilnius (LIT) wurde aufgrund der Verknüpfung von Nachhaltigkeitsbemühungen und Einwohnerzufriedenheit als „Grüne Hauptstadt Europas 2025“ ausgezeichnet. Mit dem Preisgeld in Höhe von 600.000 EUR werden weitere Maßnahmen zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit der Stadt unterstützt. Den Titel „European Green Leaf 2025“ erhielten die Städte Viladecans (ESP) und Treviso (ITL) für ihre Ansätze, die Bürgerinnen und Bürger in den grünen Wandel einzubinden. Beide Städte werden mit einem Preisgeld von jeweils 200.000 EUR ausgezeichnet.

[https://environment.ec.europa.eu/news/winners-european-green-city-awards-2025-2023-10-05\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/winners-european-green-city-awards-2025-2023-10-05_de)

## **Kommission; Empfehlungen zur Verbesserung der Rücklaufquote von gebrauchten und ausgedienten Handys, Tablets und Laptops**

Die Kommission hat am 06.10.2023 an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen zur Verbesserung der Rücklaufquote von gebrauchten und ausgedienten Handys, Tablets und Laptops veröffentlicht. Damit sollen die nationalen Behörden dabei unterstützt werden, maximale Sammelquoten und die anschließende Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung und Verwertung solcher kleinen elektronischen Geräte zu gewährleisten. So schlagen die Empfehlungen finanzielle Anreize wie Preisnachlässe, Gutscheine, Pfandrücknahmesysteme oder Geldprämien für die Rückgabe insbesondere kleiner Unterhaltungselektronik sowie den Aufbau von Partnerschaften zwischen Wiederverwendungsorganisationen und Betreibern von Rücknahmesystemen vor. Weiterhin empfiehlt die Kommission, Zielvorgaben für die Wiederverwendung und Vorbereitung zur Wiederverwendung aufzustellen und die Sichtbarkeit von Rücknahmestellen für kleine Elektronikgeräte zu erhöhen. Um eine bequeme und unkomplizierte Rückgabe zu ermöglichen, schlägt die Kommission auch vor, verstärkt Postdienste für die Rückgabe von gebrauchten und ausgedienten Mobiltelefonen, Tablets und Laptops, z. B. durch die Bereitstellung von vorausbezahlten Umschlägen oder Etiketten für die Rückgabe der Geräte, zu nutzen. Diese Empfehlungen werden nun den nationalen Behörden im Rahmen der

Umsetzung der EU-Gesetzgebung über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-Richtlinie) zur Prüfung vorgelegt.

[https://environment.ec.europa.eu/news/circular-economy-new-recommendations-national-authorities-increase-return-used-and-waste-mobile-2023-10-06\\_en](https://environment.ec.europa.eu/news/circular-economy-new-recommendations-national-authorities-increase-return-used-and-waste-mobile-2023-10-06_en)

### **Kommission; Konsultation zu Überprüfung der Ökodesign-Anforderungen für industrielle Industrieventilatoren**

Die Kommission hat am 06.10.2023 eine Konsultation zur Überprüfung der Ökodesign-Anforderungen für Industrieventilatoren eröffnet. Ziel der Überarbeitung ist, ein erhebliches zusätzliches Einsparpotenzial für kosteneffektive Verbesserungen der Industrieventilatoren, z.B. durch eine optimierte Energieeffizienz, zu realisieren. Die Konsultation ist bis zum 03.11.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13981-Regulatory-measure-on-the-review-of-ecodesign-requirements-for-industrial-fans\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13981-Regulatory-measure-on-the-review-of-ecodesign-requirements-for-industrial-fans_de)

### **Kommission; Vorstellung neuer Instrumente zur Bekämpfung von Dürren und Wasserknappheit**

Die Kommission hat am 11.10.2023 neue Instrumente für das Risikomanagement und die strategische Prognose von Dürren und Wasserknappheit vorgestellt. Die Europäische Datenbank für Dürre-Auswirkungen, die künftig auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen wird, sowie der Europäische Atlas für Dürre-Risiken sind Teil der Strategie zur Förderung europäischer Wasser-Maßnahmen. Beide Instrumente sollen den Behörden helfen, Dürre- und Wasserknappheitsrisiken auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene vorherzusehen und zu bewältigen. So prognostiziert der jüngst veröffentlichte Europäische Atlas für Dürre-Risiken eine erhebliche Zunahme der Risiken von Dürren in den nächsten Jahrzehnten. Obwohl einzelne Regionen unterschiedlich betroffen sein werden, legen diese Prognosen nahe, dass die diversen Auswirkungen von Dürren überall in der EU spürbar sein werden.

[https://environment.ec.europa.eu/news/commission-publishes-new-tools-help-predict-and-adapt-sectoral-drought-impacts-2023-10-11\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/commission-publishes-new-tools-help-predict-and-adapt-sectoral-drought-impacts-2023-10-11_de)

### **Kommission; Vorstellung der Charta für eine naturverträgliche Wirtschaft**

Auf dem von der Kommission mitorganisierten Europäischen Wirtschafts- und Naturgipfel, der am 11.10.2023 und 12.10.2023 stattfand, wurde die Charta für eine naturverträgliche Wirtschaft vorgestellt. Durch die Unterzeichnung der Charta erkennen die Unternehmen die Notwendigkeit an, dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenzuwirken, und zeigen ihre Bereitschaft, Maßnahmen zu ergreifen. Die Charta, die für alle Organisationen von Kleinstunternehmen bis hin zu großen Konzernen offen ist, bietet Unternehmen und Finanzinstituten eine Struktur, um mit der Umsetzung des globalen Biodiversitätsrahmens zu beginnen. Sie umfasst zehn Grundsätze, die kollektives und transformatives unternehmerisches Handeln leiten sollen, um bis 2030 den Verlust der Natur aufzuhalten und umzukehren. Die Grundsätze sind an den Zielen des globalen Biodiversitätsrahmens ausgerichtet und beinhalten Aspekte wie unternehmerische und finanzielle Verantwortung, Einbindung der Wertschöpfungskette, Transparenz, Berichterstattung und Rechenschaftspflichten.

[https://environment.ec.europa.eu/news/biodiversity-businesses-pledge-protect-nature-milan-summit-2023-10-11\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/biodiversity-businesses-pledge-protect-nature-milan-summit-2023-10-11_de)

### **Kommission; Verleihung des Siegels der EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte**

Die Kommission hat am 12.10.2023 das Siegel der EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte verliehen. Zu den zehn Städten, die mit dem Siegel ausgezeichnet wurden, gehört neben Sønderborg (DNK), Madrid, Valencia, Valladolid, Vitoria-

Gasteiz und Zaragoza (ESP), Klagenfurt (AUT), Cluj-Napoca (ROM) und Stockholm (SWE) auch Mannheim (DEU). Das Siegel ist eine Anerkennung für die erfolgreiche Entwicklung von Klimastadtverträgen. In diesen Verträgen, die gemeinsam mit lokalen Interessengruppen aufgestellt wurden, halten die Städte ihre Visionen für Klimaneutralität fest und stellen einen Aktionsplan sowie eine Investitionsstrategie auf. Mit dem Siegel soll der Zugang der ausgezeichneten Städte zu EU-, nationalen und regionalen sowie privaten Förder- und Finanzierungsquellen erleichtert werden, um die Pläne und Strategien der Städte umzusetzen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_4879](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4879)

### **Kommission; Einleitung des Ratifizierungsverfahrens des Hochseeabkommens der Vereinten Nationen**

Am 12.10.2023 hat die Kommission das Ratifizierungsverfahren der EU für das Hochseeschutzabkommen BBNJ (Biodiversity Beyond National Jurisdiction) der Vereinten Nationen eingeleitet. Kommissionpräsidentin von der Leyen hatte den Vertrag im Namen der EU im September 2023 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York unterzeichnet. Für die Ratifizierung des Abkommens muss der Rat den Vorschlag der Kommission nach Anhörung des EP mit qualifizierter Mehrheit billigen. Darüber hinaus müssen auch die Mitgliedstaaten das Abkommen auf nationaler Ebene ratifizieren. Mit dem Abkommen sollen die Ozeane geschützt, gegen Umweltzerstörungen und den Klimawandel gekämpft sowie der Verlust der biologischen Vielfalt auf Hoher See verhindert werden, indem erstmals weltweit anerkannte Schutzgebiete auf Hoher See ausgewiesen werden können. Das Abkommen kann in Kraft treten, sobald es von 60 Staaten ratifiziert worden ist.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex\\_23\\_4944](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_4944)

### **Kommission; Neue Daten zur Verwendung und Anerkennung des EU-Umweltsiegels**

Die Kommission hat am 12.10.2023 die halbjährlichen Daten zur Verwendung und Anerkennung des EU-Umweltsiegels veröffentlicht, die zeigen, dass das Siegel weiterhin auf Interesse der Wirtschaft stößt. Seit März 2023 ist die Zahl der vergebenen Lizenzen um 9% und die Zahl der ausgezeichneten Produkte um 1% gestiegen. Darüber hinaus zeigt das kürzlich veröffentlichte Flash EuroBarometer 535, dass das Bewusstsein und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das EU-Umweltsiegel zunehmen. 38% der EU-Bürgerinnen und -Bürger kennen das EU-Umweltsiegel, was einen Anstieg um 11 Prozentpunkte seit 2017 darstellt. 73% geben an, dass die Auswirkungen des Produkts auf die Umwelt bei der Kaufentscheidung „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ sind. Das EU-Umweltsiegel wird nun für fast 90.000 zertifizierte Waren und Dienstleistungen in 25 verschiedenen Produktgruppen vergeben. In Deutschland sind derzeit 9.212 Produkte mit dem Siegel ausgezeichnet. Mit einem Anteil von 15% der vergebenen EU-Umweltsiegel nimmt Deutschland außerdem den zweiten Platz im EU-Vergleich ein.

[https://environment.ec.europa.eu/news/eu-ecolabel-use-and-recognition-rise-new-commission-data-shows-2023-10-12\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/eu-ecolabel-use-and-recognition-rise-new-commission-data-shows-2023-10-12_de)

### **Kommission; Konsultation zu EU-Düngeprodukten**

Die Kommission hat am 02.10.2023 eine Konsultation zu EU-Düngeprodukten eröffnet. Im Rahmen dieser Initiative sollen Bedingungen festgelegt werden, unter denen verarbeitete Gülle als Bestandteil von Düngemitteln in der EU verwendet werden könnte. Rückmeldungen sind bis zum 30.10.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13900-EU-Dungeprodukte-verarbeitete-Gulle-als-Komponentenmaterial-in-EU-Dungeprodukten\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13900-EU-Dungeprodukte-verarbeitete-Gulle-als-Komponentenmaterial-in-EU-Dungeprodukten_de)

### **EuG; Urteil zur Nichterneuerung der Genehmigung eines Pflanzenschutzmittels**

Das EuG hat am 04.10.2023 mit seinem Urteil in der Rechtssache T-77/20 die Klage der Pflanzenschutzmittelhersteller Ascenza Agro aus PTL und Industrias Afrasa aus ESP gegen die Kommission wegen der Nichterneuerung der Genehmigung des in Pflanzenschutzmitteln verwendeten Wirkstoffs Chlorpyrifos-methyl abgewiesen. Damit bleiben Pflanzenschutzmittel, die Chlorpyrifos-methyl enthalten, in der EU verboten. Mit seinem Urteil stellte das Gericht zum einen fest, dass eine Schlussfolgerung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Sinne der Vorschriften für das Erneuerungsverfahren für einen Wirkstoff immer dann vorliegt, wenn sie eine Stellungnahme dazu abgibt, ob ein Wirkstoff die jeweiligen Testbedingungen erfüllt, und zwar unabhängig von der Bezeichnung des entsprechenden Dokuments. Im vorliegenden Fall hatte die EFSA ihre Stellungnahme, dass Chlorpyrifos-methyl die unionsrechtlichen Anforderungen an die menschliche Gesundheit nicht erfülle, lediglich als „Erklärung“ betitelt. Zum anderen weist das Gericht darauf hin, dass es der Partei, die im Zuge einer Nichtigkeitsklage die Verletzung einer Transparenzpflicht rügt, obliegt, auf eine ausdrückliche Bestimmung zu verweisen, die ihr ein Verfahrensrecht verleiht und die zu dem rechtlichen Rahmen gehört, der den Erlass der beanstandeten Handlung regelt. Darüber hinaus hat das Gericht klargestellt, dass das Vorsorgeprinzip entgegen der Auffassung der Kläger bereits auch in der Phase der Risikobewertung zur Anwendung kommen kann. Ferner stellt das Gericht fest, dass die von der EFSA angewandten Methoden zur Risikobewertung von Pflanzenschutzmitteln als hinreichend zuverlässig anzusehen sind und dass es für die Ablehnung eines Antrags auf Zulassung oder Erneuerung der Zulassung eines Wirkstoffs ausreicht, dass die EFSA eine bloße Unsicherheit hinsichtlich des Vorliegens eines Gesundheitsrisikos feststellt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-10/cp230153de.pdf>

### **Kommission; Änderung der Vorschriften zu begrenzten Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor**

Die Kommission hat am 04.10.2023 eine Änderung der sog. De-minimis-Verordnung für den Fischerei- und Aquakultursektor angenommen. Dadurch wird der De-minimis-Höchstbetrag pro Unternehmen und Dreijahreszeitraum von 30.000 EUR auf 40.000 EUR erhöht, sofern ein zentrales nationales Register eingerichtet ist. Weiterhin wird künftig nur die Primärproduktion von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen unter die De-minimis-Verordnung für den Fischereisektor fallen, während die Verarbeitung und Vermarktung solcher Erzeugnisse der allgemeinen De-minimis-Verordnung unterliegen werden. Die „nationalen Obergrenzen“, d.h. die kumulierten Höchstbeträge der De-minimis-Beihilfen, die pro Mitgliedstaaten (MS) gewährt werden dürfen, wurden auf der Grundlage neuerer und spezifischerer Daten über die Primärerzeugung von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen aktualisiert. Bestimmte Tätigkeiten, die nicht in den Anwendungsbereich der De-minimis-Verordnung für den Fischereisektor fallen, werden in den Gebieten in äußerster Randlage der EU ausnahmsweise zugelassen,

um die Modernisierung kleiner Fischereifahrzeuge zu fördern und unter anderem Sicherheitsbelangen in diesen Gebieten Rechnung zu tragen. Die Geltungsdauer der überarbeiteten De-minimis-Verordnung für den Fischereisektor wird bis zum 31.12.2029 verlängert.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_4728](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4728)

### **Kommission; Kurzfristige Aussichten für die Agrarmärkte**

Die von der Kommission am 09.10.2023 veröffentlichte Herbstausgabe des Berichts über die kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte bestätigt, dass die Erträge verschiedener Ackerbau- und Sonderkulturen durch heißes und trockenes Wetter in Verbindung mit einem Niederschlagsüberschuss in mehreren Teilen Europas beeinträchtigt wurden. Diese Wetterlage führte zu verzögerten Ernten sowie dem Auftreten von Krankheiten und Schädlingen. Auch die Qualität mancher Produkte litt unter diesen Bedingungen. Dennoch geht die Kommission insgesamt von positiven Aussichten für den EU-Agrarsektor aus. Dies ist auch auf gesunkene Kosten für Energie, Dünge- und Futtermittel zurückzuführen. Die EU-Exporte von Agrar- und Ernährungsprodukten haben zuletzt wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, sodass die EU weltweit führender Exporteur im Agrar- und Lebensmittelsektor bleibt.

[https://agriculture.ec.europa.eu/news/short-term-outlook-agricultural-markets-eu-farmers-keep-production-spite-adverse-weather-events-2023-10-09\\_de](https://agriculture.ec.europa.eu/news/short-term-outlook-agricultural-markets-eu-farmers-keep-production-spite-adverse-weather-events-2023-10-09_de)

### **Rat; Verabschiedung aktualisierter Kennzeichnungsvorschriften für ökologische/biologische Heimtierfuttermittel**

Der Rat hat am 09.10.2023 die Verordnung über die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Heimtierfuttermitteln verabschiedet, mit der Kennzeichnungsvorschriften aktualisiert und an die Vorschriften für die Kennzeichnung ökologischer/biologischer Lebensmittel für den menschlichen Verzehr angeglichen werden. Heimtierfuttermittel können gemäß der neuen Verordnung mit dem EU-Logo für ökologische/biologische Produktion gekennzeichnet werden, sofern 95% der Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs ökologisch/biologisch sind. Für Verbraucherinnen und Verbraucher wird es somit einfacher, ökologische/biologische Zutaten in den von ihnen erworbenen Heimtierfuttermitteln zu identifizieren. Durch die Änderung des Mindestanteils ökologisch/biologischer Zutaten aus landwirtschaftlicher Erzeugung von 100% auf 95% (bezogen auf das Gewicht) wird es auch Herstellern von Heimtierfuttermitteln erleichtert, die Anforderungen an die Kennzeichnung ökologischer/biologischer Produkte zu erfüllen und Zugang zum Markt zu erhalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/organic-pet-food-council-adopts-updated-labelling-rules/>

### **Kommission; Fangmöglichkeiten im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2024**

Die Kommission hat am 10.10.2023 ihren Vorschlag für die Fangmöglichkeiten im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2024 angenommen. Die Kommission schlägt vor, auf der Grundlage der neuesten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten dieselben Instrumente zu nutzen, die mit den Fangmöglichkeiten für 2022 und 2023 eingeführt wurden. Dazu zählen der Fischereiaufwand für Trawler und Langleinenfischer sowie Fangbeschränkungen für Tiefseegarnelen. Der Vorschlag umfasst auch spezifische Maßnahmen für das Mittelmeer, das Adriatische Meer sowie das Schwarze Meer und soll die nachhaltige Bewirtschaftung der dortigen Fischbestände fördern. Die meisten Fangmöglichkeiten werden jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt auf Grundlage der Ergebnisse der Jahrestagung der allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer sowie der wissenschaftlichen Gutachten für Grundfischbestände, die unter den mehrjährigen Bewirtschaftungsplan für das westliche Mittelmeer fallen, vorgeschlagen.

### **Kommission; Konsultation zu Arzneifuttermitteln**

Die Kommission hat am 12.10.2023 eine öffentliche Konsultation zu einem delegierten Rechtsakt über Kreuzkontaminationswerten und Analysemethoden für antimikrobielle Wirkstoffe in Futtermitteln eröffnet. Im Rahmen der delegierten Verordnung soll die Verordnung über Arzneifuttermittel dahingehend ergänzt werden, dass der Kreuzkontaminationswert für antimikrobielle Wirkstoffe in Futtermitteln für Nichtzieltierarten auf 1% des Wirkstoffs im Arzneifuttermittel festgelegt und harmonisiert wird. Außerdem sollen die Methoden zur Analyse antimikrobieller Wirkstoffe in Futtermitteln, wie von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission vorgeschlagen, in die Verordnung aufgenommen werden. Rückmeldungen sind bis zum 09.11.2023 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13909-Arzneifuttermittel-Kreuzkontaminationswerte-und-Analysemethoden-fur-antimikrobielle-Wirkstoffe-in-Futtermitteln\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13909-Arzneifuttermittel-Kreuzkontaminationswerte-und-Analysemethoden-fur-antimikrobielle-Wirkstoffe-in-Futtermitteln_de)

## Justiz

### **EP; MdEP wollen Rechte der Opfer von Menschenhandel stärken**

Der Ausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP haben am 05.10.2023 einen Entwurf für eine Stellungnahme des EP zu überarbeiteten Vorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Unterstützung seiner Opfer angenommen. Die Strafverfolgungsbehörden der EU sollen durch die überarbeiteten Vorschriften neue Instrumente zur Zerschlagung krimineller Organisationen erhalten. Dafür sollen neue Kategorien von Straftaten in die Vorschriften aufgenommen werden, z.B. Zwangsheirat und illegale Adoption. In der Stellungnahme fordern die MdEP eine Reihe von Änderungen am Kommissionsvorschlag, um Opfer wirksamer zu schützen. U.a. fordern sie die Einführung von Sanktionen für Unternehmen, die des Menschenhandels überführt wurden. Ferner solle sichergestellt werden, dass Opfer nicht für Straftaten belangt werden, zu deren Begehung sie gezwungen wurden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230929IPR06110/human-trafficking-meps-want-strong-focus-on-victims-rights>

## Inneres

### **Frontex; Innovationswettbewerb zur Sicherung der EU-Grenzen gegen LFOs**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 28.09.2023 einen Bericht über Innovationen zur Sicherung der EU-Grenzen gegen niedrig fliegende Objekte (LFO) veröffentlicht. Demnach erfordere die zunehmende Verbreitung von Drohnen und anderen LFOs, mit denen z.B. illegal Informationen gesammelt werden, fortschrittliche Gegenmaßnahmen. Deshalb habe Frontex seinen ersten Preiswettbewerb ins Leben gerufen, der sich auf die Erkennung, Verfolgung und Identifizierung von LFOs konzentriert. Ziel sei es, Branchenführer dazu zu bringen, einfallsreiche und kosteneffiziente technische Lösungen gegen diese Bedrohung zu entwickeln. Das Preisgeld beläuft sich auf 950.000 EUR. Insgesamt seien 21 Vorschläge eingereicht worden. Drei Finalisten nähmen nun an der operativen

Testphase in EST teil. Die Veranstaltung sei die erste ihrer Art, bei der die Wirksamkeit, Widerstandsfähigkeit und Zuverlässigkeit der vorgeschlagenen Lösungen unter realen Bedingungen getestet wird.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-leads-innovation-to-secure-eu-borders-against-low-flying-threats-74Ydze>

### **Europol; Zusammenarbeit mit TikTok zur Bekämpfung terroristischer Inhalte**

Das Europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) des Europäischen Polizeiamtes (Europol) hat am 28.09.2023 zusammen mit der Video-Sharing-Plattform TikTok und 11 Ländern einen freiwilligen Aktionstag veranstaltet. Der Aktionstag richtete sich gegen mutmaßliche terroristische und gewalttätige extremistische Inhalte im Internet. Im Rahmen dessen führten TikTok, die European Union Internet Referral Unit (EU IRU) des ECTC und Ermittler aus den teilnehmenden Ländern – u.a. DEU – eine Übung durch, um Material aufzuspüren, das frühere Terroranschläge oder terroristische Täter verherrlicht. Dabei seien etwa 2.145 Inhalte bewertet und an TikTok zur freiwilligen Überprüfung der Nutzungsbedingungen weitergeleitet worden. Zu den gemeldeten Inhalten gehörten Videos und Memes, die mit Dschihadismus, gewalttätigem Rechtsextremismus und Terrorismus in Verbindung stehen. Der Aktionstag sei Teil einer laufenden Partnerschaft zwischen TikTok, Strafverfolgungsbehörden und Europol. Ziel der Partnerschaft sei es, den Missbrauch des Internets durch Terroristen zu bekämpfen, Radikalisierung im Internet zu verhindern und die Grundrechte zu schützen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europol-and-tiktok-collaborate-to-bolster-efforts-against-terrorist-content>

### **Kommission; Neue Visamaßnahmen für Gambia und Äthiopien**

Die Kommission hat dem Rat am 28.09.2023 vorgeschlagen, die Visamaßnahmen für Gambia und Äthiopien zu aktualisieren. Grund dafür sei, dass Gambia seit 2022 Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit der EU zur Rückübernahme irregulärer Migranten gemacht habe. Deshalb könne die erhöhte Visumgebühr für gambische Staatsangehörige aufgehoben werden. In Bezug auf Äthiopien könnten neue Visamaßnahmen eingeführt werden, um die Zusammenarbeit bei der Rückübernahme irregulärer Migranten zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit Drittländern bei der Rückübernahme irregulärer Migranten wird jährlich im Rahmen des überarbeiteten Visakodexes von der Kommission bewertet.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ruckubernahme-irregulärer-migranten-kommission-schlagt-neue-visamassnahmen-fur-gambia-und-athiopien-2023-09-28\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ruckubernahme-irregulärer-migranten-kommission-schlagt-neue-visamassnahmen-fur-gambia-und-athiopien-2023-09-28_de)

### **Kommission; Moldau tritt EU-Katastrophenschutzverfahren bei**

Die EU und die Republik Moldau haben am 29.09.2023 eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der Moldau Teilnehmerstaat des Katastrophenschutzverfahrens der Union wird. Sobald die Republik Moldau die Vereinbarung ratifiziert hat, wird sie bis zum vollständigen Inkrafttreten am 01.01.2024 vorläufig angewandt werden. Als Vollmitglied des Katastrophenschutzverfahrens der Union hat die Republik Moldau nicht nur die Möglichkeit, sofortige Unterstützung zu erhalten, sondern sie kann im Rahmen des Verfahrens auch andere Länder unterstützen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_4654](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4654)

### **ENISA; Cybersicherheitsübung „BLUE OLEX“ durchgeführt**

Die EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) hat am 02.10.2023 einen Bericht über die Cyber-Tabletop-Übung „Blue Olex“ veröffentlicht. Bei einer Tabletop-Übung wird ein Katastrophenszenario simuliert, um sich auf einen echten Katastrophenfall



vorzubereiten. Ziel von „Blue Olex“ sei es gewesen, die Kapazitäten der EU angesichts der sich ausbreitenden Cyber-Bedrohungen zu stärken. Mit der Übung wurde die Bereitschaft des Europäischen Verbindungsnetzwerkes für Cyberkrisen (EU-CyCLONE) getestet. EU-CyCLONE ist das Kooperationsnetz für die für das Cyberkrisenmanagement zuständigen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten. Es wurde 2020 gestartet und am 16.01.2023 durch die NIS2-Richtlinie offiziell eingerichtet. Das Netzwerk entwickelt den Informationsaustausch auf Grundlage der von ENISA bereitgestellten Instrumente. Es interveniert zusammen mit der Kommission bei groß angelegten Cybersicherheitsvorfällen. Mit der „Blue Olex“-Übung sollte die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Cybersicherheitsbehörden, der Kommission und ENISA gestärkt werden. Gleichzeitig wurde die Interaktion zwischen dem neuen Netzwerk und der politischen Ebene der EU getestet.

<https://www.enisa.europa.eu/news/blue-olex-2023-getting-ready-for-the-next-cybersecurity-crisis-in-the-eu>

### **EBDD; Drogenmärkte und Waffengewalt in der EU**

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) hat am 04.10.2023 einen Bericht über Zusammenhänge zwischen Drogenmärkten und Waffengewalt in der EU veröffentlicht. Demnach würden durchschnittlich 28% der in Europa sichergestellten Schusswaffen im Zusammenhang mit Drogenhandel beschlagnahmt. Die wichtigste Transitroute für Schusswaffen und Drogen in der EU sei die Balkanroute. Die Waffen und Drogen würden häufig als Teil von Gütertransporten oder versteckt in Fahrzeugen geschmuggelt. Vor allem der Westbalkan sei die zentrale Herkunftsregion für Schusswaffen, bei denen es sich häufig um „Konflikt-Waffen“ handle. Laut dem Bericht nutzen Schusswaffenhändler Gesetzeslücken in erheblichem Maße aus, um legal Waffen zu erwerben, die keine scharfe Munition abfeuern können, und diese dann in scharfe Waffen umzubauen. Insgesamt habe der Einsatz von drogenbezogener Gewalt in den letzten Jahren erheblich zugenommen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Cannabis- und Kokainhandel auf Verbraucherebene.

[https://www.emcdda.europa.eu/drugs-library/nexus-between-drug-markets-and-gun-violence-european-union\\_en](https://www.emcdda.europa.eu/drugs-library/nexus-between-drug-markets-and-gun-violence-european-union_en)

### **Rat; AStV verständigt sich auf Verhandlungsmandat zur Krisenverordnung**

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) haben sich am 04.10.2023 auf einen finalen Kompromisstext für ein Verhandlungsmandat zur sog. Krisenverordnung verständigt. Das Mandat bildet die Grundlage für die interinstitutionellen Trilogverhandlungen. Mit der Krisenverordnung soll den MS ein flexibles Instrumentarium in Krisensituationen, in denen eine Überlastung der nationalen Asylsysteme droht, bereitgestellt werden. Zu diesem Zweck sieht sie u.a. die Möglichkeit der Abweichung von den Vorgaben der Asylverfahrensverordnung vor. So soll etwa das Grenzverfahren (ein beschleunigtes Asylverfahren an den EU-Außengrenzen) ausgeweitet und verlängert werden können. Auch sieht die Krisenverordnung besondere Solidaritätsmaßnahmen zur Entlastung des betroffenen MS vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/04/migration-policy-council-agrees-mandate-on-eu-law-dealing-with-crisis-situations/>

### **EP; Verhandlungsmandat zur Reform der Menschenhandel-Richtlinie passiert Ausschüsse**

Am 05.10.2023 haben die gemeinsam federführenden Ausschüsse für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) und für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) das Verhandlungsmandat des EP im Hinblick der

Überarbeitung der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer mit 69 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und bei 22 Enthaltungen angenommen. Durch die Richtlinienreform sollen den Strafverfolgungsbehörden neue Instrumente zur Zerschlagung krimineller Organisationen an die Hand gegeben werden. Die MdEP fordern in ihrem Verhandlungsmandat zudem, die Leihmutterchaft zum Zwecke der reproduktiven Ausbeutung und die Ausbeutung von Kindern in Heimen in den Geltungsbereich der Richtlinie aufzunehmen. Auch setzen sie sich dafür ein, dass die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die von einem Opfer einer Straftat im Zusammenhang mit Menschenhandel erbracht werden, unter Strafe gestellt wird. Gleichzeitig müsse sichergestellt sein, dass die Opfer für Straftaten, zu denen sie gezwungen wurden, nicht belangt werden könnten. Unabhängig von der Frage ihrer Kooperationsbereitschaft mit den Ermittlungsbehörden. Für Unternehmen, die des Menschenhandels überführt wurden, soll die Richtlinie Sanktionen vorsehen, die u.a. den Ausschluss von Ausschreibungen sowie die Erstattung öffentlicher Beihilfen oder Subventionen umfassen sollen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230929IPR06110/human-trafficking-meps-want-strong-focus-on-victims-rights>

### **EUAA; Beginn der Umsetzung des „10-Punkte-Plans für Lampedusa“**

Die EU-Asylagentur (EUAA) möchte ihre operative Unterstützung in Süditalien verstärken. Als Reaktion auf die Zunahme der irregulären Migration in diese Region und als Teil der Umsetzung des „10-Punkte-Plans für Lampedusa“ hat die EUAA am 05.10.2023 eine umfangreiche Personalumsetzung eingeleitet. Es würden 50 Mitarbeiter nach Süditalien verlegt und die Ressourcen auf der Mittelmeerinsel Lampedusa verdoppelt. Ziel sei es, die nationalen Behörden in der Region zu unterstützen, z.B. bei der Registrierung und den Asylverfahren. Insgesamt seien derzeit über 330 Mitarbeiter der EUAA in ITL im Einsatz. Es bestehe zudem die Möglichkeit, bei Bedarf weiteres Personal der EUAA nach Süditalien zu entsenden. Dafür werde zum ersten Mal die Möglichkeit in Betracht gezogen, den sog. Asylreservepool (ARP) zu aktivieren. Der ARP sieht die Möglichkeit vor, auf einen Reservepool von bis zu 500 Mitarbeitern der Mitgliedstaaten (MS) zurückzugreifen, um nationale Behörden kurzfristig bei einem plötzlichen und unverhältnismäßigen Druck auf ihre Asyl- und/oder Aufnahmesysteme zu unterstützen.

<https://euaa.europa.eu/news-events/eu-asylum-agency-increase-operational-support-southern-italy>

### **Eurostat; Fast 4.2 Mio. Menschen mit vorübergehendem Schutzstatus in der EU**

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 06.10.2023 Zahlen zu den Personen mit vorübergehendem Schutzstatus in den Mitgliedstaaten (MS) veröffentlicht. Demnach hatten zum Stichtag 31.08.2023 fast 4.2 Mio. ukrainische Kriegsflüchtlinge einen vorübergehenden Schutzstatus innegehabt. Der größte Teil der Kriegsflüchtlinge habe sich in DEU (1.175.695 Personen; 28% der Gesamtzahl), POL (960.550; 23%) und CZR (365.085; 9%) aufgehalten. In POL (-10.530; -1,1%), ITL (-550; -0,3%) und FRA (-420; -0,6%) sei die Zahl indes rückläufig gewesen. Insgesamt habe es im Vergleich zum Juli dieses Jahres jedoch einen Anstieg von 41.275 Personen (+1,0%) gegeben. Die höchsten Zahlen der Personen mit Anspruch auf vorübergehenden Schutz pro tausend Einwohner im Vergleich zur Bevölkerung verzeichneten CRZ (33,7), EST (26,2), POL (26,1), BUL (25,6) und LIT (25,3).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231006-2>

### **Eurostat; Zahl der Rückführungen illegaler Migranten steigt**

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 06.10.2023 Zahlen zur Rückführung irregulärer Migranten im 2. Quartal 2023 veröffentlicht. Demnach seien in diesem Zeitraum 105.865 Drittstaatsangehörige zum Verlassen eines Mitgliedstaates aufgefordert worden. Das stelle einen Anstieg von 9% im Vergleich zum Vorjahr dar. Die meisten dieser Personen seien marokkanische und algerische Staatsangehörige gewesen (jeweils 8%). Die höchsten Zahlen dieser Nicht-EU-Bürger hätten FRA (34.810), DEU (10.600) und GRI (7.095) zu verzeichnen gehabt. Zudem seien insgesamt 26.600 Personen nach einer Ausreiseaufforderung in ein anderes Land zurückgeführt worden. Das stelle einen Anstieg von 29% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum dar. Die meisten in ein anderes Land zurückgekehrten Personen seien Staatsangehörige Georgiens (9%), gefolgt von Albanien (8%). Die höchsten Zahlen hätten DEU (3805), FRA (3005) und SWE (2690) zu verzeichnen. Verglichen mit dem 1. Quartal 2023 sei die Zahl der Ausreiseverfügungen um 5% gesunken, während die Zahl der Rückführungen stabil geblieben sei. Ferner seien die meisten Personen (76%), die aufgrund einer Ausreiseanordnung zurückgeführt werden, wie auch zuvor in Länder außerhalb der EU zurückgeführt worden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231006-1>

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Bericht „Förderung von Vielfalt und Inklusion in Schulen in Europa; Veröffentlichung**

Das Eurydice-Netzwerk der Kommission hat am 10.10.2023 den Bericht „Förderung von Vielfalt und Inklusion in Schulen in Europa“ veröffentlicht, der einen Überblick über die neuesten Strategien und Maßnahmen der nationalen Bildungsbehörden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten in der Schulbildung bietet. Er untersucht die Situation von Studierenden mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder Behinderung, mit Migrationshintergrund oder einer ethnischen Minderheit sowie Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und von Studierenden aus der LGBTIQ+-Community oder religiösen Minderheiten. Die Ergebnisse zeigen, dass auch wenn Bildungssysteme bereits bestimmte gezielte Maßnahmen fördern, die spezifischen Bedürfnisse jedes einzelnen Lernenden berücksichtigt werden müssen. Der Mangel an angemessener Lehrervorbereitung für die Leitung inklusiver Klassenzimmer sowie unzureichende Mittel für die Beschäftigung von Fachpersonal und multidisziplinären Teams in Regelschulen sind ebenfalls anhaltende Herausforderungen in ganz Europa.

<https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/publications/promoting-diversity-and-inclusion-schools-europe>

### **Kommission; EP; Schaffung eines europäischen Bildungsraums bis 2025; Veranstaltung**

Die Kommission und das EP haben am 10.10.2023 eine gemeinsame Veranstaltung zur Schaffung eines Europäischen Bildungsraums (EEA) abgehalten. Seit 2020 besteht das Ziel, dass der EEA zu einem gemeinsamen Raum für hochwertige, inklusive und lebenslange Bildung wird. Dazu sind fünf strategischen Prioritäten für Reformen und EU-Zusammenarbeit festgelegt worden: a) Verbesserung von Qualität, Gerechtigkeit, Inklusion und Erfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung; b) lebenslanges Lernen und Mobilität für alle Wirklichkeit werden lassen; c) den grünen und digitalen Wandel in und durch Bildung und Ausbildung unterstützen; d) Kompetenzen und Motivation im Bildungsberuf stärken; und e) die Hochschulbildung

in der EU stärken. Derzeit ist eine Halbzeitüberprüfung der Umsetzung des EEAs auf der Grundlage des Fortschrittsberichts der Kommission von 2022 im Gange. In dem Bericht wurde festgestellt, dass bei allen 40 EEA-Maßnahmen auf EU-Ebene Schritte unternommen wurden, die sich entweder in Vorbereitung oder in der Umsetzung befanden. Der Bericht wies zwar auf einige positive Trends im Bildungswesen hin, etwa auf die sinkende Zahl von Schulabbrüchen und die steigende Quote der Hochschulabsolventen, hob aber auch die mangelnde Gerechtigkeit in der Bildung und den Lehrermangel als systemische Herausforderungen hervor. In seiner Entschließung vom November 2021 erklärte das EP damals, dass der EEA eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung des Zugangs zu Bildung und deren Qualität spielen könne und sollte. An der Veranstaltung am 10. 10.2023 nahmen Vertreter von EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und der breiteren Bildungs- und Ausbildungsgemeinschaft teil. Die Agenda der Veranstaltung spiegelt die Ergebnisse des Berichts der Kommission aus dem Jahr 2022 über die Fortschritte bei der Verwirklichung des EEAs bis 2025 wider und konzentriert sich auf Bürgererziehung, die Unterstützung von Lehrern, die Förderung von Gerechtigkeit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die automatische gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/753960/EPRS\\_ATA\(2023\)753960\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/753960/EPRS_ATA(2023)753960_EN.pdf)

## Information, Kommunikation und Medien

### **EP; Annahme des Berichts zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz**

Das EP-Plenum hat am 03.10.2023 mit breiter Mehrheit (448-102-75) seinen Standpunkt zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) im Rahmen des Berichts von MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) angenommen. Das EP-Plenum unterstützte dabei den Bericht des CULT-Ausschusses vom 07.09.2023; für das Plenum eingebrachte Änderungsanträge haben keine hinreichende Mehrheit gefunden. Das EP ändert den Kommissionsvorschlag in einigen zentralen Punkten ab, u.a. stärkt es die Unabhängigkeit des neuen Europäischen Gremiums für Mediendienste und erweitert den Schutz von Journalistinnen und Journalisten deutlich gegenüber dem Vorschlag der Kommission. Die Transparenzvorgaben zu den Eigentümerstrukturen wurden auf alle Mediendienste ausgedehnt (die Kommission hatte dies nur für Nachrichtenmedien vorgesehen), und die Regelungen zum Umgang mit Medieninhalten auf Online-Plattformen sollen zugunsten der Medien durch eine 24-stündige Frist zur Stellungnahme vor einer Löschung/Beschränkung von Medieninhalten auf Plattformen verschärft werden. Der Rat hatte bereits im Juni 2023 seine Position festgelegt, so dass nun die Trilogverhandlungen zwischen Kommission, EP und Rat beginnen können. Der ESP-Ratsvorsitz will das Gesetzgebungsverfahren bis Jahresende abschließen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0336\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0336_DE.html)

## EU – Förderprogramme

### **Deutsch-Französischer Bürgerfonds; Förderung von Projekten zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit**

Anlässlich des Deutsch-Französischen Tags am 22.01.2024 hat der Deutsch-Französische Bürgerfonds eine Ausschreibung veröffentlicht, in deren Rahmen

Projekte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit gefördert werden sollen. Diese Projekte sollen rund um den Deutsch-Französischen Tag (im Zeitraum vom 18. bis 28.01.2024) stattfinden. Anträge können bis zum 12.11.2023 online über die Plattform des Bürgerfonds eingereicht werden. Die Ausschreibung richtet sich u. a. an Vereine, Bürgerinitiativen und informelle Gruppen ab drei Personen, Städtepartnerschaften, Gebietskörperschaften, gemeinnützige Gesellschaften und Unternahmergesellschaften, Stiftungen sowie wissenschaftliche Institute und Bildungs- und Ausbildungszentren. Die Fördersumme beträgt maximal 5.000 EUR. Neben dieser Projektausschreibung bietet der Deutsch-Französische Bürgerfonds generell ganzjährig Fördermöglichkeiten für Projekte zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit an.

<https://www.buergerfonds.eu/deutsch-franzoesischer-tag>

### **Kommission; Antragsfrist für Programme zur Förderung der Mobilität von promovierten Forschenden gestartet**

Am 11.10.2023 gab die Kommission bekannt, im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) 96,6 Mio. EUR zur Förderung der Mobilität von promovierten Forschenden zur Verfügung zu stellen. Die ausgewählten Projekte sollen die hochwertige Ausbildung, nachhaltige Betreuung und Laufbahnentwicklung exzellenter Forschender unterstützen und es ihnen ermöglichen, ihre eigenen Netzwerke zu erweitern und Wissen auszutauschen. Die Bewerbungsfrist endet am 08.02.2024.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-opens-eu966m-call-to-co-fund-doctoral-and-postdoctoral-programmes>

### **Kommission; Ausschreibung zu den „Europäischen Universitäten“**

Am 03.10.2023 veröffentlichte die Kommission die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der aus Erasmus+ finanzierten Initiative der "Europäischen Universitäten" (EUI). Das Fördervolumen beträgt insgesamt 189,2 Mio. EUR. Hiermit soll das Ziel erreicht werden, bis Mitte 2024 mindestens 60 europäische Hochschulallianzen mit mehr als 500 Hochschulen aufzubauen. Mit dieser Aufforderung wird eine vertiefte institutionelle transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen unterstützt. Beim aktuellen Call können sich Hochschulen bewerben, die gemeinsam neue Allianzen aufbauen wollen. Die Antragsfrist endet am 06.02.2024.

<https://erasmus-plus.ec.europa.eu/news/opening-of-2024-erasmus-european-universities-call>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Europa nach den Wahlen: SLK hat gewählt**

Am 02.10.2023 hat Jaromír Novak, EU-Korrespondent der Nachrichtenagentur der Slowakischen Republik (TASR), in der Hessischen Landesvertretung vor mehr als 100 Gästen die Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahl in SLK am 30.09.2023 vorgestellt. Im Anschluss analysierte er das Wahlergebnis mit Katrin Pribyl, die für verschiedene deutsche Tageszeitungen aus Brüssel berichtet, u.a. für die Augsburger Allgemeine, eine der auflagenstärksten Zeitungen in DEU. Ex-Premierminister Robert Fico ist der Gewinner der Wahl. Er habe, so erläuterte Jaromír Novak, bereits angekündigt, sich innerhalb der nächsten zwei Wochen um Koalitionspartner zu bemühen. Der bisherige Regierungschef, Igor Matovič, werde mit seiner Partei OL'ANO, die stark verloren hat, sicher in die Opposition gehen. Überraschend sei der

große Erfolg der liberalen Partei Progressive Slowakei (PS), die aus dem Stand fast 18% erzielt hat. Anfang des Jahres habe sie noch bei unter 10% gelegen. Die PS könnte auch eine Regierungsmehrheit bilden, wenn sie mit drei weiteren Parteien – HLAS, SaS und KDĽ – koalitiert. Der wahre Königsmacher sei, so Novak, Peter Pellegrini (HLAS). Ohne ihn könne keiner eine Regierung bilden. Auf die vielfach geäußerte Befürchtung, die SLK werde sich bei einer Regierung unter Robert Fico von der Ukraine abwenden und pro-russisch agieren, äußerte Novak die Einschätzung, dass Robert Fico sich mäßigen und Kompromisse eingehen werde. Seine Rhetorik sei im Wahlkampf sehr populistisch gewesen, aber als langjähriger Regierungschef kenne er die EU sehr gut und wisse auch, wie wichtig die EU und der Binnenmarkt für sein Land seien. Auswirkungen könne eine Regierung unter Fico v.a. für die Visegrád-Gruppe haben (bestehend aus POL, SLK, CZR und HUN). Wenn in POL die PiS bei den Wahlen am 15.10.2023 erneut gewinnt, könnte CZR in gewisser Weise politisch isoliert sein. Besorgniserregend sei die starke Spaltung der slowakischen Gesellschaft. Russische Desinformationskampagnen hätten eine große Rolle gespielt und gerade bei der Bevölkerung auf dem Land und älteren Menschen verfangen, so Jaromír Novak.

### **Empfang zum Tag der Deutschen Einheit**

Der deutsche Botschafter beim Königreich BEL, Martin Kotthaus und die deutschen Länder luden anlässlich der Tages der Deutschen Einheit gemeinsam zu einem Empfang am 04.10.2023 ein. In diesem Jahr fand er in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel statt. Über 400 Gäste aus den europäischen Institutionen, dem diplomatischen Corps in BEL sowie den Vertretungen anderer Länder kamen am 04.10.2023 in die Hessische Landesvertretung. Ehrengast des Abends war Georges Gilkinet, belgischer Vize-Premierminister und Minister für Mobilität. Kotthaus stellte in seiner Rede zunächst die aktuellen Herausforderungen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, bei denen die Europäer weiter zusammenstehen müssten. Er hob hierbei insbesondere die Themen Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg und die Bedrohungen durch den Klimawandel hervor. Er zähle auch darauf, das BEL in seiner am 01.01.2024 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft auch die Klimapolitik weiter voranbringen werde. Auch Minister Gilkinet unterstrich, dass die aktuellen Krisen nur gemeinsam, europäisch und global, bewältigt werden könnten. Er würdigte die gute belgisch-deutsche Zusammenarbeit insbesondere im Energiesektor, aber auch in der Klimapolitik und während der Corona-Krise. Die hessische Europaministerin Lucia Puttrich verdeutlichte, die deutsche Wiedervereinigung sei auch nach 33 Jahren noch ein Wunder, das damals nur im Rahmen der europäischen Integration möglich gewesen sei. Auf die deutsche Einheit sei mit der Osterweiterung die europäische Einigung gefolgt. Aktuell stehe man bald vor einer weiteren Erweiterungsrunde, die wieder eine enorme Herausforderung bedeute. Besonders wichtig für das Gelingen sei hier vor allem laut Ministerin Puttrich die Beherrschung des Grundsatzes „Einheit in Vielfalt“.

### **Europa nach den Wahlen: LUX hat gewählt**

Die Veranstaltung „Luxemburg hat gewählt“ am 11.10.2023 in der Hessischen Landesvertretung bot mehr als 100 Gästen eine erste Analyse der Ergebnisse der Parlamentswahlen am 08.10.2023 in dem zweitkleinsten Mitgliedstaat der EU. Europastaatssekretär Uwe Becker wies zunächst auf die dynastischen Verbindungen zwischen LUX und Hessen hin – Erbprinz Adolph, geboren 1817 auf Schloss Biebrich, war von 1890 bis zu seinem Tod 1905 Großherzog von Luxemburg – sein Ururenkel, Henri von Nassau, trägt noch heute u.a. den Titel „Herr von Mahlberg, Wiesbaden, Idstein, Merenberg, Limburg und Eppstein“. Die Wahl in LUX galt als unspektakulär, und sei doch ein Paukenschlag gewesen, so Staatssekretär Becker in seiner

Einführung. Danièle Weber, EU-Korrespondentin des luxemburgischen Radio 100,7, stellte die Wahlergebnisse vor, und diskutierte sie anschließend im Gespräch mit Charlotte Wirth, Journalistin bei Stern Recherche. Verlierer der Wahl sind die Grünen. Sie haben starke Verluste erlitten, verfügen künftig über nur noch vier statt neun Sitzen in Parlament und haben damit ihren Fraktionsstatus verloren. Danièle Weber führt dies u.a. darauf zurück, dass die Partei im Wahlkampf nicht sehr kämpferisch aufgetreten ist, und für Probleme wie die Wohnungsnot in LUX verantwortlich gemacht wird, für die die Grünen allerdings nicht allein die Verantwortung tragen. Sie erwartet eine Koalition der Christlich-Demokratische Volkspartei (CSV), die mit Luc Frieden wahrscheinlich den neuen Premierminister stellen wird, mit der liberalen Partei DP von Xavier Bettel. Dass die bisher regierende Dreier-Koalition (DP, LSAP, Grüne) abgewählt ist, sei bereits am Wahlabend klar gewesen. Xavier Bettel habe bereits auf den Posten des Premiers in einer künftigen Regierung verzichtet. Allerdings bestünden durchaus Unterschiede zwischen der CSV und der DP. So habe die CSV Steuererleichterungen versprochen und eine Art „Herdprämie“. Beides lehne die DP unter Hinweis auf die Finanzierbarkeit ab. Sollten die Verhandlungen mit der DP scheitern, könne die CSV noch mit der sozialdemokratischen LSAP verhandeln. Auf die Frage aus dem Publikum, wer nächster Kommissar aus LUX werden könnte, tippten Danièle Weber und Charlotte Wirth, dass es jedenfalls eher ein Mann als eine Frau werden wird. Denn die voraussichtliche künftige Regierung habe jetzt schon Probleme, genug Frauen für Ministerämter zu finden - von den 60 gewählten Abgeordneten sind nur 18 Frauen. Im Übrigen dürfte es Gegenstand der Koalitionsverhandlungen werden. Xavier Bettel habe Interesse am Amt des Außenministers – er werde wohl nicht der neue LUX-Kommissar in Brüssel, so jedenfalls die beiden Journalistinnen.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

26./27.10.                      Europäischer Rat

### **Rat**

16.10.                              Euro-Gruppe

16.10.                              Rat Umwelt

17.10.                              Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie

17.10.                              Rat Wirtschaft und Finanzen

19./20.10.                        Informelle Ministertagung Handelsfragen

19./20.10.                        Rat Justiz und Inneres

20.10.                              Gipfeltreffen EU-USA

- 23./24.10. Rat Landwirtschaft und Fischerei
- 23.10. Rat Auswärtige Angelegenheiten
- 23./24.10. Informelle Ministertagung „Telekommunikation“
- 24.10. Rat Allgemeine Angelegenheiten
- 25.10. Dreigliedriger Sozialgipfel

## **Europäische Kommission**

- 17.10. Vorstellung des Arbeitsprogramms der Kommission 2024  
Bericht über Investitionen in saubere Technologien  
Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels, einschließlich der europäischen Hafenalanz  
Legislativvorschlag zur Änderung des Verfahrens zur Aussetzung der Visumpflicht
- 24.10. Europäisches Windenergie-Paket  
Aktionsplan für das europäische Windenergiepaket  
Mitteilung zur Umsetzung der EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie  
Mitteilung über die Verfügbarkeit von Arzneimitteln  
Mitteilung über die Erweiterung des europäischen Verwaltungsraums (ComPAct)

## **Europäisches Parlament**

Plenarsitzung in Straßburg 16.-19.10.2023

Terroranschläge der Hamas gegen Israel  
Langfristige Lösung für den Finanzierungsbedarf der Ukraine  
Prioritäten des EP für den Europäischen Rat am 26.-27. Oktober  
Arbeitsplan der Kommission bis zur Europawahl im Juni 2024  
Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland  
Zunahme gewalttätiger, terroristischer und falscher Inhalte in den sozialen Medien  
EU-Haushalt 2024  
Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Verbreitung von Spionagesoftware  
Kampf gegen den Menschenhandel  
Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP)  
Rechtsstaatlichkeit in Malta: 6 Jahre nach dem Mord an Daphne Caruana Galizia und die Notwendigkeit, Journalisten zu schützen  
Rede des armenischen Premierministers Nikol Pashinyan



Neue Fischereikontrollregelung der Union  
Die Auswirkungen der chinesischen Fischereitatigkeiten  
auf die EU-Fischerei und weiteres Vorgehen  
Bericht 2022 der Kommission zu Montenegro  
Europäische Bürgerinitiative „Fur Free Europe“ (Pelzfreies  
Europa)  
Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut  
Schengen-Raum: Digitalisierung des Visumverfahrens,  
Änderung der Verordnung über die Visummarke  
Wasserknappheit und strukturelle Investitionen in den  
Zugang zu Wasser in der EU  
Wahl eines Vizepräsidenten und eines Quastors  
Situation der ukrainischen Flüchtlingsfrauen, einschließlich  
Zugang zu sexueller und reproduktiver  
Gesundheit und den damit verbundenen Rechten  
Ernennung eines Mitglieds des Direktoriums der  
Europäischen Zentralbank  
Entlastung für die Ausfuhung des Haushaltsplans 2021:  
Europäischer Rat und Rat  
Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, mündliche  
Anfrage  
Eine neue europäische Innovationsagenda, mündliche  
Anfrage  
Katastrophenschutzverfahren der Union  
Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher  
Betriebe  
Erläuterung des Jahresberichts 2022 des Rechnungshofs,  
in Anwesenheit von Tony Murphy, Präsident des  
Rechnungshofs  
Europäische Eiweistrategie  
Generationenwechsel in landwirtschaftlichen Betrieben der  
Zukunft in der EU  
Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates  
zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die  
Sozialwirtschaft, mündliche Anfrage  
Europäische Maßnahmen zur Verhinderung und  
Bekämpfung des Anstiegs der organisierten Kriminalität,  
Fragestunde  
Debatte über ein aktuelles Thema: „Wahres geopolitisches  
Europa: Jetzt“  
Gewinner des Sacharow-Preises 2023

## **Ausschuss der Regionen**

18./19.10.2023      ECON-Fachkommissionssitzung  
Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022 (Abstimmung)  
EU-Rechtsakt zur Cybersolidaritat und zur digitalen  
Resilienz (Abstimmung)

## Europäischer Gerichtshof

### EuGH

- 17.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-633/22 Real Madrid Club de Fútbol  
Verletzung der öffentlichen Ordnung eines Mitgliedstaats
- 19.10.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-660/20  
Lufthansa CityLine  
Ungleichbehandlungen im Arbeitsumfeld
- 19.10.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-655/21 G.  
ST. T (Verhältnismäßigkeit von Strafen bei Fälschungen)  
Rechtsangleichung
- 19.10.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-352/22 Generalstaatsanwaltschaft Hamm  
(Auslieferung eines Flüchtlings an die Türkei)  
Auslieferung eines Flüchtlings an seinen Herkunftsstaat
- 19.10.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-406/22 Ministerstvo vnitra České republiky, Odbor azylové a migrační politiky  
Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten
- 23.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-778/21 P Kommission / Front Polisario und C-798/21 P Rat / Front Polisario, und in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 779/21 P Kommission / Front Polisario und C-799/21 P Rat / Front Polisario  
Auswärtige Beziehungen der EU
- 24.10.2023 Fortsetzung der gestrigen mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-778/21 P Kommission / Front Polisario und C-798/21 P Rat / Front Polisario, und in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-779/21 P Kommission / Front Polisario und C-799/21 P Rat / Front Polisario
- 24.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-399/22 Confédération paysanne (Melonen und Tomaten aus der Westsahara)  
Rechtsangleichung
- 25.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der  
Rechtssache C-601/22 WWF Österreich u. a.  
Jagd auf Wölfe
- 26.10.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-307/22 FT  
(Kopie der medizinischen Akte)

Recht auf eine Kopie der medizinischen Akte

- 26.10.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-238/22  
LATAM Airlines Group  
Auslegung der Fluggastrechtsverordnung
- 26.10.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in  
der Rechtssache C-670/22 Staatsanwaltschaft Berlin  
(EncroChat)  
Verwertbarkeit von EncroChat-Daten in Strafverfahren
- 26.10.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in  
den verbundenen Rechtssachen C-182/22 und C-189/22  
Scalable Capital  
Schadensersatz bei Datenschutzverletzungen

## **EuG**

- 17.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der  
Rechtssache T-689/21 Auken u. a. / Kommission  
Zugriff auf Dokumente
- 17.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der  
Rechtssache T-354/22 Bindl / Kommission  
Schutz der personenbezogenen Daten im Internet
- 18.10.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-402/20 Zippo  
Manufacturing u. a. / Kommission  
Zusätzliche Zölle auf US-Waren
- 18.10.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der  
Rechtssache T-761/21 Courtois u. a. Kommission  
Zugriff auf Dokumente
- 25.10.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-136/19 Bulgarian  
Energy Holding u. a. / Kommission  
Kartellrecht

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 27.10.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA